



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

220. Sitzung, Montag, 11. Mai 2015, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Brigitta Johner (FDP, Urdorf)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 15168
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme Seite 15169
- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 15170
- Auflösung der ZKB-Spezialkommission Seite 15170
- Präsent der Ratspräsidentin an alle Ratsmitglieder... Seite 15170
- Lichtkunst..... Seite 15170

2. Statistikgesetz (StatG)

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April
2015 **5011b**..... Seite 15171

3. Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG)

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April
2015 **5135b**..... Seite 15172

4. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zür- cher Kantonalbank für das Jahr 2014

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom
23. Februar 2015 und Antrag der Aufsichtskommissi-
on über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 20.
April 2015
KR-Nr. 78a/2015 Seite 15174

Verschiedenes

- Sola-Stafette Seite 15200

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Fraktionserklärung der EDU zum Fest der Auf-
fahrt..... Seite 15201*
- Legislatur-Abschlussfeier *Seite 15201*
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse *Seite 15228*

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf 20 Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 36/2015, Stärkung der Berufslehre durch Förderung der Berufsmaturität
Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)
- KR-Nr. 49/2015, Horrende Rechnungen des Kantonalen Eichmeisters
Peter Preisig (SVP, Hinwil)
- KR-Nr. 50/2015, Trüllikon und Ossingen: Wer hat den schwarzen Peter?
Martin Farner (FDP, Oberstammheim)
- KR-Nr. 51/2015, Schiessanlagen im Kanton Zürich
Martin Farner (FDP, Oberstammheim):
- KR-Nr. 54/2015, Chancen und Synergien des Lehrplans 21
Cäcilia Hänni (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 55/2015, Einführung der Fremdsprachen in der Volksschule im Rahmen des Lehrplans 21
Cäcilia Hänni (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 56/2015, Effektiver Mitteleinsatz in der Bildung
Peter Vollenweider (FDP, Stäfa)
- KR-Nr. 57/2015, Studien- und Laufbahnberatung bei Gymnasiasten
Cäcilia Hänni (FDP, Zürich)

- KR-Nr. 58/2015, Der Weg zur Matur im Kanton Zürich
Beatrix Frey (FDP, Meilen)
- KR-Nr. 59/2015, Einstufungen des Sekretariats- und Hausdienstpersonals auf der Sekundarstufe II
Sabine Wettstein (FDP, Uster)
- KR-Nr. 60/2015, Problematik der aktuellen Zulassungsbeschränkung zum Studium der Humanmedizin an der Universität Zürich
Linda Camenisch (FDP, Wallisellen)
- KR-Nr. 61/2015, Demografische Entwicklung und Ausbildungsplatzbedarf für Berufe im Gesundheitswesen
Linda Camenisch (FDP, Wallisellen)
- KR-Nr. 62/2015, Wildwuchs im Weiterbildungsangebot der Fachhochschulen; Wer koordiniert?
Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)
- KR-Nr. 63/2015, Übertritt vom Gymnasium an die Fachhochschule
Dieter Kläy (FDP, Winterthur)
- KR-Nr. 64/2015, Spin-offs an Universität und Fachhochschulen
Peter Vollenweider (FDP, Stäfa)
- KR-Nr. 65/2015, Zusammenarbeit ETH, Universität und Universitätsspital: Wird das Potenzial ausgenützt?
Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)
- KR-Nr. 74/2015, Flüsterbeläge zur Strassensanierung
Roland Scheck (SVP, Zürich)
- KR-Nr. 76/2015, Folgekosten des neuen Radio- und Fernsehgesetzes und der neuen Billag-Mediensteuer für den Kanton Zürich und seine Gemeinden
Dieter Kläy (FDP, Winterthur)
- KR-Nr. 92/2015, Billag-Mediensteuer – Kosten für den Kanton und staatsnahe Unternehmen
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)
- KR-Nr. 96/2015, Anerkennung der Ausbildung dipl. Sportlehrer FH
Rochus Burtscher (SVP, Dietikon)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 219. Sitzung vom 4. Mai 2015, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Bezüger staatlicher Renten**

Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5177

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für 2016 bis 2019**

Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5182

Auflösung der ZKB-Spezialkommission

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Geschäftsleitung beschlossen hat, die ZKB-Spezialkommission (*Zürcher Kantonalbank*) per Ende Legislatur aufzulösen. Sie sind damit einverstanden? Das ist der Fall.

Präsent der Ratspräsidentin an alle Ratsmitglieder

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Zur Einstimmung auf den heutigen zweiten Teil der kantonsrätlichen Sitzung nach der Pause haben Sie bereits «Züri und meh», mein persönliches «Give-away» während des Amtsjahres, auf Ihren Plätzen vorgefunden. Zu Beginn des Büchleins sind ein paar Seiten wichtige, nützliche Informationen zu unserem Kanton. Den Rest füllen Sie selber aus. Falls Sie das Büchlein für Ihre Vorstösse benutzen werden, werden diese garantiert kurz und knackig.

Lichtkunst

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich bedanke mich bei Herrn Serge Schmucki, dem Lichtkünstler, der den Wandteppich hinter uns, hinter mir, den Wandteppich von 1945, der heuer auch sein 70-Jahr-Jubiläum feiert, zum heutigen festlichen Tag ins schönste Licht gerückt hat. So kann ich verschmerzen, dass mein Bezirk Dietikon darauf fehlt.

2. Statistikgesetz (StatG)

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April 2015 **5011b**

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission:
Die Redaktionskommission hat das Statistikgesetz geprüft. Sie hat daran lediglich ein paar untergeordnete Änderungen formeller Natur vorgenommen: Gross- und Kleinschreibung, Interpunktion und so weiter. Im Übrigen beantragt Sie Ihnen, gemäss der Vorlage Beschluss zu fassen. Besten Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

I. Es wird folgendes Gesetz erlassen:

A. Allgemeine Bestimmungen

§§ 1–4

B. Planung und Koordination

§§ 5 und 6

C. Bearbeitung von Personendaten

§§ 7–9

D. Datenerhebung

§§ 10–15

E. Veröffentlichung

§§ 16 und 17

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 69 Stimmen (bei 1 Enthaltung), der Vorlage 5011b zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG)

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission: Auch dieses Geschäft hat die Redaktionskommission geprüft. Sie hat daran ein paar wenige formelle Änderungen vorgenommen und im Übrigen ein paar kritische Bemerkungen zum Gesetzgebungsstil gemacht, der zusehends mehr an eine Powerpoint-Präsentation als an einen ausformulierten, geschriebenen deutschen Text erinnert. Das zu ändern liegt aber ausserhalb des Zuständigkeitsbereichs dieser Kommission. Zudem hat die Redaktionskommission, zweitens, die nötigen Koordinationsbestimmungen eingefügt. Koordination mit dem ebenfalls zu ändernden oder bereits geänderten Gemeindegesetz. Dieser Koordinationsbedarf ist im Anhang geregelt. Vielen Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

I. Es wird folgendes Gesetz erlassen:

A. Allgemeine Bestimmungen

§§ 1 und 2

B. Melde- und Auskunftspflichten

§§ 3–10

C. Einwohnerregister

§§ 11–21

D. Kantonale Einwohnerdatenplattform

§§ 22–28

E. Vollzugsorgane des Kantons

§§ 29 und 30

F. Schlussbestimmungen

§§ 31–34

II.

Anhang

Die nachstehenden Gesetze werden wie folgt geändert:

1. Das Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926:

Dritter Titel und Aufhebung von Übergangsbestimmungen

2. Das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959:

§ 44

3. Das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10. Mai 2010:

§§ 118–120 und 136a

4. Das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch vom 2. April 2011:

§ 56b

5. Das Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht vom 25. Juni 2012:

§§ 74 und 74a

6. Das Polizeigesetz vom 23. April 2007:

§ 21

7. Das Steuergesetz vom 8. Juni 1997:

§ 109a

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Die Vorlage ist somit redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 107 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5135b zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2014

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 23. Februar 2015 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 20. April 2015

KR-Nr. 78a/2015

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich begrüsse auf der Tribüne die Vertretung des ZKB-Bankpräsidiums (*Zürcher Kantonalbank*) und des Bankrates sowie weitere Gäste sehr herzlich.

Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch und wir haben freie Debatte beschlossen. Zu diesem Geschäft begrüsse ich neben mir den Präsidenten des Bankrates der ZKB, Jörg Müller-Ganz.

Ich schildere Ihnen den vorgesehenen Ablauf: Die Eröffnung macht der Präsident des Bankrates der ZKB, Jörg Müller-Ganz, während zehn Minuten. Danach hat der Präsident der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*), Benedikt Gschwind, ebenfalls für zehn Minuten das Wort. Dann folgen die Fraktionssprechenden mit je ebenfalls zehn Minuten Redezeit und dann folgen die übrigen Mitglieder des Rates mit je fünf Minuten Redezeit. Mit einer Replik schliessen die Vertreter der ZKB und der Kommissionspräsident der AWU die Debatte. Ich bitte Sie nun um Aufmerksamkeit.

Jörg Müller-Ganz, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank (ZKB): Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und deren im Geschäftsbericht umfassend dargestellten Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2014 der Zürcher Kantonalbank liegen schon weit zurück, sodass ich mich hier nur auf einige Besonderheiten konzentrieren möchte.

In der Betriebswirtschaftslehre hat das magische Dreieck schon beinahe die Bedeutung eines Naturgesetzes. Es sagt bekanntlich, dass von den drei übergeordneten zentralen finanzwirtschaftlichen Zielen – Rentabilität, Liquidität und Sicherheit – nur deren zwei gleichzeitig erreichbar sind. Alles andere wäre die Quadratur für einmal nicht des Zirkels, sondern des Dreiecks. Das Geschäftsjahr 2014 der Zürcher Kantonalbank kann als praktisches Anschauungsbeispiel für das magische Dreieck im Allgemeinen und den Fokus der strategischen Füh-

rung mit dem Bankrat im Besonderen betrachtet werden. Die bundesrechtliche Finanzmarktregulation einerseits, aber vor allem die Rahmenbedingungen von Ihnen, des Eigentümers, andererseits, geben dem Bankrat und der Bank den normativen Rahmen vor. Ich erwähne hier insbesondere die Besitzverhältnisse von 100 Prozent und die verfassungsmässige gesetzliche – mit Ausnahme der nachrangigen Verbindlichkeiten – uneingeschränkte Staatsgarantie. Mit dieser normativen Vorgabe ist die Prioritätensetzung des Bankrates im Rahmen des magischen Finanzdreiecks eindeutig und klar. Sicherheit und Liquidität, wobei Liquidität notabene eigentlich auch ein Sicherheitsmass ist, gelten vor der Zielgrösse Rentabilität. Diese strategische Prioritätensetzung spiegelt sich in folgenden zwei Eckwerten unserer Bilanz:

Der erste Eckwert: Sicherheit. Wir verfügen per Ende des letzten Jahres über 9,8 Milliarden Eigenkapital. Das sind 16,6 Prozent Eigenkapitalquote. Die Rating-Agentur Standard & Poor's beurteilt uns deshalb als die bestkapitalisierte Universalbank der Welt, nach ihrer Berechnung mit fast mehr als 8 Prozent Eigenkapital als die weltweite Nummer zwei. Sie beurteilt uns ferner als einzige als «very strong» und sie vergibt uns als einziger Universalbank weltweit ein «Triple A (AAA)» mit Staatsgarantie. Ohne Staatsgarantie vergibt sie uns die Note «Double A minus (AA-)» was ausser uns nur noch eine andere Universalbank weltweit erreicht. Die Zürcher Kantonalbank übertrifft damit schon heute die regulatorischen Vorgaben für eine systemrelevante Bank. Der Bankrat beabsichtigt jedoch trotzdem, mit dem Fokus der Sicherheit die Eigenkapitalquote weiter zu stärken.

Der zweite Eckwert: Liquidität. Per Jahresende betrugen unsere flüssigen Mittel 27 Milliarden Franken. Fast jeder fünfte Franken unserer Bilanz lag damit sicher bei der Schweizerischen Nationalbank. Die Rendite auf diesem Kapital betrug hingegen null Prozent, seit Mitte Januar 2015 einen Negativzins von 0,75 Prozent. Unser Geld bleibt damit weiterhin sicher angelegt, doch kostet uns dies brutto 2015 wahrscheinlich einen hohen zweistelligen Millionenbetrag, was in etwa einem Steuerprozent des Kantons Zürich entsprechen würde. Sicherheit hat bekanntlich einen Preis. Bei sehr viel Sicherheit ist der Preis entsprechend hoch. Vor diesem Hintergrund sind wir mit dem Jahresergebnis 2014 zufrieden. Ich danke allen Kundinnen und Kunden sowie allen Mitarbeitern an dieser Stelle dafür, dass sie durch die Unterstützung und ihr Engagement einen Teil zu diesem Erfolg beigetragen haben. Ich danke auch Ihnen allen für Ihre wahrscheinlich noch stattfindende wohlwollende Würdigung des Geschäftsjahres.

Neben dem Jahresabschluss möchte ich vier für die Zürcher Kantonalbank ausserordentliche Ereignisse hervorheben, die uns 2014 beschäftigt haben. Ihnen ist gemeinsam, dass sie die Entwicklung unserer Bank für die nächsten Jahre deutlich prägen werden.

Erstens: die Anpassung des normativen Fundaments durch Sie, durch den Kantonsrat. Im vergangenen Mai haben Sie das überarbeitete Gesetz über die Zürcher Kantonalbank verabschiedet. Dieser Schritt war notwendig, ist nun unser normativer Rahmen doch wieder mit dem übergeordneten gesetzlichen und regulatorischen Rahmen abgestimmt. Sie haben den Rahmen für eine allfällige Aufstockung des Dotationskapitals von 575 Millionen auf 1075 Millionen Franken erhöht. Damit haben Sie das Fundament gelegt für eine weitere mögliche Stärkung des Eigenkapitals, wenn auch dieses Fundament weniger Beton und Eisen vorsieht, als sich dies die Bank gewünscht hätte. Sie haben zudem die Option, Partizipationskapital emittieren zu können, aus dem Kantonalbankgesetz gestrichen. Ab diesem Jahr soll neu auch die verfassungsmässige Staatsgarantie für die Bank finanziell abgegolten werden. Und schliesslich wurde das Wahlverfahren für Bankräte im Hinblick auf die Erneuerungswahlen in diesem Sommer den Anforderungen für eine systemrelevante Bank angepasst.

Zweitens: die Anpassung der Organisation durch den Bankrat. Im vergangenen Jahr beschloss der Bankrat per 1. Oktober eine Änderung der Organisationsstruktur der Zürcher Kantonalbank. Die zwei Geschäftseinheiten «Privatkunden» mit dem Filialnetz und das Private Banking wurden zusammengelegt. Über FinTech (*Finanztechnologie*) wird zurzeit viel geredet. Wir setzen FinTech in der Praxis bereits um, indem wir die elektronischen Betriebskanäle in die Geschäftseinheit «Products» und «Service and Direktbanking» mit grosser Kraft vorantreiben. Damit tragen wir der fortschreitenden Digitalisierung des Bankgeschäftes und den Ansprüchen unserer Kunden nach verschiedenen, vor allem auch digitalen Kommunikations- und Vertriebskanälen verstärkt Rechnung. Wir beabsichtigen damit im Sinne unserer Mission «Die nahe Bank» noch näher bei unseren Kundinnen und Kunden zu sein.

Drittens: Verbesserung unserer Ertrags- und Risikofähigkeit durch den Kauf der Swisscanto. Den laufenden Strukturwandel in der Finanzbranche sieht die Zürcher Kantonalbank nicht als Bedrohung, sondern als Chance. Letztes Jahr ergab sich für die Zürcher Kantonalbank die ausserordentliche Gelegenheit, das 1993 gegründete Gemeinschaftswerk der Kantonalbanken, die Swisscanto-Gruppe, vollumfänglich zu

übernehmen. Durch die vom Bankrat bewilligte Transaktion wird die Ertragsstruktur der Bank weiter diversifiziert, was die Stabilität und die Sicherheit unserer Bank erhöht, wie alle Rating-Agenturen feststellten. Der Kommissions- und Dienstleistungsertrag wird damit von etwa 25 auf knapp 40 Prozent des Gesamtertrags ansteigen. Die Abhängigkeit vom kapitalintensiven Zinsgeschäft kann damit spürbar reduziert werden. Die Zürcher Kantonalbank wird damit zur drittgrössten Fondsanbieterin und zur viertgrössten Assetmanagerin in der Schweiz. Künftig tragen auch unsere Eigenfonds den Namen «Swisscanto», womit die Idee des Gemeinschaftswerks der Kantonalbanken fortgeführt wird.

Und viertens: die Erhöhung der regulatorischen Anforderungen wegen der Systemrelevanz. Die Zürcher Kantonalbank wurde bekanntlich im Dezember 2013 wegen ihres grossen Marktanteils im faktisch systemrelevanten Kanton Zürich in den systemisch bedeutenden Geschäftsfeldern «Einlagen», «Kreditgeschäft» und Zahlungsverkehr» von der Schweizerischen Nationalbank als national systemrelevant erklärt. Im Juni 2014 verfügte uns die FINMA (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*) deshalb per 1. Januar 2015 noch einmal erhöhte Kapital- und Liquiditätsbedingungen, die wir jedoch je übertreffen. Zurzeit sind wir mit der FINMA noch an der Erarbeitung einer Notfallplanung. Diese hat zum Zweck, vorbehaltene Entschlüsse vorzubereiten für den unwahrscheinlichen Fall, dass die Zürcher Kantonalbank beispielsweise durch eine nationale Kreditkrise oder durch einen aussergewöhnlichen, zurzeit nicht vorstellbaren operationellen Vorfall kapital- oder liquiditätsseitig in grössere Probleme gerät. Organisatorische und kapitalverstärkende Massnahmen stehen dabei im Zentrum. Alle diese Massnahmen dienen letztlich dazu, das bestehende Sicherheitsnetz für die Bank noch zu vergrössern und damit die Wahrscheinlichkeit zu reduzieren, die Staatsgarantie je in Anspruch nehmen zu müssen.

Für Sie geht heute, für den Bankrat Ende Juni 2015 eine vierjährige Legislatur zu Ende. Ich möchte Ihnen allen im Namen des Bankrates an dieser Stelle herzlich für die Unterstützung der Zürcher Kantonalbank in den vergangenen vier Jahren danken. Durch Ihre intensive Auseinandersetzung mit der drittgrössten Bank der Schweiz zeigen Sie uns und den über 5000 Mitarbeitenden, dass Ihnen Ihre Parlamentsbank wichtig ist und dass Sie deren materiellen und immateriellen Wert schätzen. Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft engagieren, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Ich danke Ihnen.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich), Präsident der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Ich werde meine Ausführungen wie folgt gliedern: Zunächst werde ich aus der Sicht unserer Kommission einige Bemerkungen zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 anführen, etwas zur Berichterstattung über den Leistungsauftrag sagen, dann Stellung nehmen zu Themen, welche unsere Kommission schwergewichtig beschäftigt haben, und zum Schluss unsere Anträge formulieren und einen Gedanken zum Schluss der Legislatur äussern.

Was sich bereits mit dem Halbjahresergebnis im vergangenen Sommer abzeichnete, bestätigte sich bei Vorliegen des Endergebnisses. Das ausgezeichnete Ergebnis, zusätzlich begünstigt von Einmaleffekten, aus dem Vorjahr konnte nicht wiederholt werden und es musste ein Rückgang beim Konzerngewinn um 19 Prozent auf 647 Millionen Franken hingenommen werden. Die tiefen Zinsen, teilweise sogar Negativzinsen, und die reduzierten Handelsaktivitäten der Kundschaft haben ihre Spuren hinterlassen. Umgekehrt darf konstatiert werden, dass zwar das Vertrauen der Kundschaft in den Wertschriftenhandel zurückgegangen ist, nicht jedoch in die ZKB, worauf der Anstieg bei den Kundengeldern und Kundenvermögen hinweist. Diese Geschäftsentwicklung hat auch Folgen für die Gewinnausschüttung. Dem Kanton werden 164 Millionen – Vorjahr: 220 Millionen – ausgeschüttet und den Gemeinden 82 Millionen – Vorjahr: 110 Millionen. Pro Einwohnerin und Einwohner sind dies 137 Franken für den Kanton und 57 Franken für die Gemeinden.

Die Zürcher Kantonalbank will wirtschaftliches Handeln mit der Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft dauerhaft in Einklang bringen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen, sich regional stark zu engagieren und im Bereich «Nachhaltigkeit» die führende Bank in der Schweiz zu sein. Der Leistungsauftrag ist ein strategisches Ziel der Zürcher Kantonalbank. Ihre grossen Bemühungen dokumentiert sie im ausführlichen separaten Nachhaltigkeitsbericht, der zum Geschäftsbericht gehört. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen erhält in Erfüllung von Paragraf 12 des Kantonalbankgesetzes einen Spezialbericht mit den Messgrössen zum Leistungsauftrag. Er zeigt den Erfüllungsgrad des Leistungsauftrags in quantitativer Sicht auf. Der Leistungsauftrag ist seit 2005 ebenfalls in der Balanced Score Card, dem integrierten Konzept für die Messung, Dokumentation und Steuerung der Strategie der Zürcher Kantonalbank verankert.

Verdichtete Messgrössen und entsprechende Zielbänder zu den drei Teilaufträgen Versorgungs-, Unterstützungs- und Nachhaltigkeitsauftrag werden darin definiert. Jeder einzelne Subauftrag der drei Teilaufträge erhält ein eigenes Rating. Im Versorgungsauftrag finden sich Subaufträge wie Preis-Leistungs-Verhältnis, Marktdurchdringung Geschäfts- und Privatkunden, Versorgungsdichte und -qualität sowie die Förderung von Wohneigentum und preisgünstigem Wohnungsbau. Der Versorgungsauftrag wird auf hohem Niveau erfüllt und befindet sich am oberen Ende des Zielbandes.

Nachwuchsförderung, Mobilität, Gesundheit, Kultur und Freizeit, Bildung, Biodiversität, Sponsoring in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft sowie die Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden sind im Unterstützungsauftrag enthalten. Der Unterstützungsauftrag übertrifft das Zielband erneut und liegt etwas höher als im letzten Jahr. Die Sponsoringaktivitäten wurden im Berichtsjahr gesteigert. Zum Nachhaltigkeitsauftrag gehören nachhaltiges Bauen und Anlegen, die Förderung von Kleinstunternehmen, die Betriebsökologie sowie die Attraktivität der Zürcher Kantonalbank als Arbeitgeberin.

Bereits zum zweiten Mal liegt das Rating des Nachhaltigkeitsauftrags weit über dem Zielband, was in erster Linie auf die grosse Nachfrage der Kunden und Kundinnen nach nachhaltigen Produkten und Fonds zurückzuführen ist. 2014 wurden für die Tätigkeiten der Zürcher Kantonalbank im Rahmen des Leistungsauftrags 105,7 Mio. Franken eingesetzt, 63% davon für den Versorgungs-, 20% für den Unterstützungs- und der Rest für den Nachhaltigkeitsauftrag.

Schwerpunkt der Berichterstattung zur Erfüllung des Leistungsauftrags 2014 war auf Wunsch der Aufsichtskommission die im Zweckartikel Paragraf 2 des Kantonalbankgesetzes festgehaltene Befriedigung der Anlage- und Finanzierungsbedürfnisse der Bevölkerung.

Im Zusammenhang mit dem Projekt «Simplex» zur Steigerung der Effizienz, über das die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen letztes Jahr berichtete, hat die Zürcher Kantonalbank die Ausgestaltung des Filialnetzes, dessen Kosten und das Kundenverhalten analysiert. Es zeigte sich, dass längerfristig Anpassungen im Filialnetz erfolgen müssen. Vor diesem Hintergrund und im Zusammenhang mit der Überprüfung der Erfüllung des Leistungs- und im Speziellen des Versorgungsauftrags hat sich die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vertieft über die zukünftige

Entwicklung der Beziehungen der Kunden zur Bank informieren lassen. 67% der Kunden der Zürcher Kantonalbank interagieren heute über mehrere Kanäle mit der Bank und erwarten von der ZKB überall ein sehr gut ausgebautes Angebot. Von der Bancomatauszahlung über die telefonische Beratung zu den Schaltertransaktionen zum E-Banking wird alles in Anspruch genommen. In den letzten zehn Jahren haben sich die Schalterauszahlungen halbiert und die Auszahlungen an ZKB-Automaten stagnieren, die bargeldlosen Einkäufe haben sich hingegen mehr als verdreifacht. Im gleichen Zeitraum sind die Einzahlungen am Schalter stark zurückgegangen, weil die Kundinnen und Kunden die Einzahlungen vermehrt am Automaten vornehmen. Der Zahlungsverkehr erfolgt heute zu 86 Prozent über das E-Banking und weitere elektronische Schnittstellen. Bei komplexeren Bedürfnissen bleibt jedoch immer noch die physische Zweigstelle die wichtigste Anlaufstelle der Kundinnen und Kunden.

Die Analyse des Kundenverhaltens ist wichtig, um das Angebot der Zürcher Kantonalbank der Entwicklung der Bedürfnisse laufend anzupassen und weniger genutzte Kanäle langsam zu reduzieren. Zudem muss den Trends im Bankenmarkt wie den neuen branchenfremden Wettbewerbern und technologischen Weiterentwicklungen im Geldverkehr Rechnung getragen werden. Die Antworten der Zürcher Kantonalbank auf die veränderten Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden müssen jedoch die Forderungen des Versorgungsauftrags, gestützt auf Paragraph 2 des Kantonalbankgesetzes, berücksichtigen.

Was beschäftigte unsere Kommission im vergangenen Jahr? Im Weiteren beschäftigte sich unsere Kommission, nebst verschiedenen kleineren Geschäften, mit der Gebührenpolitik der Bank, die den Spagat zwischen Kundenfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit versucht und dabei immer mehr die Kunden belohnt, die eine Paketlösung bei der Bank und nicht nur einzelne Produkte beziehen.

Die Kommission beschäftigte sich weiter mit den Vorstellungen der Bank vom Rohstoffhandel. Sie möchte grundsätzlich, unter Beachtung der Reputationsrisiken, diversifizierte Anlagen weiterhin anbieten, verzichtet jedoch auf Anlagen in einzelnen Nahrungsmitteln.

Sie beschäftigte sich mit dem Steuerstreit mit den USA, wo es keine Neuigkeiten zu verzeichnen gibt, mit der Unternehmenskommunikation im Rahmen einer Visitation der Subkommission. Dabei wurde festgestellt, dass auch die Verantwortlichen der Bank Handlungsbedarf im Ausbau der Public Affairs sehen.

Sie beschäftigte sich mit der Übernahme der Aktienmehrheit der Swisscanto und was sich die ZKB davon verspricht. Ob die Ziele, insbesondere mehr Erfolg dank mehr Diversifikation in die Vermögensverwaltung, auch aufgehen, wird man in ein paar Jahren beurteilen können. Seit Ende März ist die Übernahme nun definitiv und kann vollzogen werden.

Ich komme damit zu unseren Anträgen. Unsere Kommission hat den Geschäftsbericht und den Bericht zum Leistungsauftrag eingehend beraten sowie die Einhaltung des Entschädigungsreglements geprüft und stellt Ihnen die folgenden Anträge:

Erstens: die Genehmigung des 145. Geschäftsberichts.

Zweitens: Von der Gewinnverwendung des Bankrates wird Kenntnis genommen.

Drittens: Erteilung der Entlastung an die Bankorgane für das Geschäftsjahr 2014.

Das war mein letztes Eintretensvotum als Präsident der AWU dieser Legislatur. Ich wünsche mir, dass die Beziehung des Kantonsrates zu seiner Bank weiterhin intakt bleibt. Dem Kantonsrat wünsche ich manchmal etwas mehr Verantwortungsbewusstsein als Eigentümer einer Bank dieser Grösse. Unbedachte Äusserungen können da, verbreitet über Online-Portale, schnell mal Schaden verursachen.

Den Verantwortlichen der Bank wünsche ich umgekehrt etwas mehr Gelassenheit und politischen Spürsinn im Umgang mit dem Parlament. Wir sind beide, ZKB und Kanton, aufeinander angewiesen und sollten auch Kritik ertragen können, und nur in diesem Fall, auch wenn es manchmal schwerfällt, besser direkt ins Gesicht und nicht via Medien.

Es bleibt mir der Dank an meine Kolleginnen und Kollegen der AWU für die angenehme Zusammenarbeit, an die Vertreter der Bankorgane mit dem Bankpräsidium an der Spitze, namentlich Jörg Müller, János Blum und Bruno Dobler, für den stets offenen Dialog. Ich danke auch den Mitgliedern der Generaldirektion und weiteren Fachverantwortlichen für die inhaltliche und dem Stab des Bankpräsidiums für die organisatorische Unterstützung unserer Aufsichtskommission sowie allen Mitarbeitenden der ZKB, die zu einem erfolgreichen Geschäftsjahr 2014 beigetragen haben.

Ruedi Menzi (SVP, Rüti): Das Geschäftsjahr 2014 der ZKB war ein normales und gutes Geschäftsjahr. Dies trotz tiefen Zinsen und den vorsichtig agierenden Anlegern. Es konnte zwar nicht mehr ans Vorjahresergebnis anknüpfen, da es auch nicht von Sondereffekten profitieren konnte. Die ZKB ist aber die einzige Schweizer Bank mit dem «Triple A» und das gibt uns doch schon ein gutes Gefühl. Im April 2014 hat der Kantonsrat das Kantonalbankgesetz einer Revision unterzogen. Die ZKB hat sich zum Jahresende entschlossen, die Swisscanto zu übernehmen. Dies sind die wichtigsten Ereignisse im Kurzdurchlauf im Geschäftsjahr 2014.

Die ZKB hat sich 2014 im Hypothekargeschäft etwas zurückgehalten und ist in dieser Abteilung nur um 2,5 Prozent gewachsen. Das Wachstum liegt deutlich unter dem Wachstum des Schweizer Hypothekarmarktes. Die Hypothekarforderungen belaufen sich auf 71,4 Milliarden. Die Zusammenarbeit mit den KMU-Betrieben (*kleinere und mittlere Unternehmen*) hat die ZKB auch im Geschäftsjahr 2014 erfolgreich fortgesetzt. Über 5000 KMU-Betriebe zählen zu den ZKB-Kunden. Die Marktdurchdringung liegt bei circa 50 Prozent. KMU-Kunden sind auch kritische Kunden. Nur durch guten Service und gute Dienstleistungen ist ein so hoher Prozentanteil möglich. Dies stellt der ZKB ein gutes Zeugnis aus. Immer bedeutungsvoller wird das Leasing von Investitionsgütern. Leasing ist gerade für KMU-Betriebe wie auch für die Landwirtschaft ein Finanzierungsmodell. Im Jahr 2014 konnten 700 Leasingverträge abgeschlossen werden, dies im Gesamtbetrag von 231 Millionen.

Die Übernahme der Swisscanto-Gruppe, an der die ZKB mit 18,1 Prozent schon beteiligt war, hat verschiedene Gründe, aber zwei, die ins Gewicht fallen: Das Anlage- und Vermögensverwaltungsgeschäft wird gestärkt. Entsprechend werden sich die Ertragsanteile der Bank in den nächsten Jahren verschieben. Ab 2016 wird sich der Anteil «Kommissions- und Dienstleistungsertrag» auf circa 40 Prozent erhöhen. Es war aber auch wichtig, dass die Swisscanto in eine schweizerische Lösung überführt wurde. Dies ist mit der ZKB garantiert. Die Swisscanto hat 400 Mitarbeiter und verwaltet ein Vermögen von 50 Milliarden.

Im April 2014 hat der Kantonsrat einer Teilrevision des Kantonalbankgesetzes zugestimmt, das vorher von einer Spezialkommission vorberaten wurde. Wichtige Neuerungen sind: Erhöhung des Dotationskapitals auf neu 3 Milliarden, keine Partizipationsscheine (PS) für

private Anleger, und das Wirkungsfeld der ZKB soll sich im Grossen und Ganzen auf den Kanton Zürich beschränken.

Das Filialnetz der ZKB wurde 2014 auf 90 Filialen reduziert; dies aufgrund der stetig steigenden elektronischen Transaktionen. Dieser Entwicklung ist aber leider Rechnung zu tragen. Um die Versorgung auf dem ganzen Kantonsgebiet sicherzustellen, sind zurzeit 335 Geldautomaten im Einsatz. Die ZKB will aber auch neue Wege beschreiten, um den Versorgungsauftrag sicherzustellen. So ist angedacht, den Kunden auf Bestellung Geld via Post nach Hause zu senden.

Die ZKB bleibt mit 4844 Vollzeitstellen, verteilt auf 5500 Mitarbeitende, ein wichtiger Arbeitgeber im Kanton Zürich. 2014 wurden 2,6 Millionen in die Weiterbildung der Mitarbeiter investiert, mit dem Fokus auf die Bereiche «Führung», «Wirkung nach aussen» und «Entwicklung». 101 junge Schulabgänger haben sich im Jahr 2014 entschlossen, bei der ZKB eine Lehre zu absolvieren. Derzeit beschäftigt die Bank 406 Auszubildende. Wir danken der ZKB für ihren Einsatz.

Das Geschäftsjahr in Zahlen: Bilanzsumme 158,4 Milliarden, Betriebsertrag 1,935 Milliarden, Geschäftsaufwand 1,2 Milliarden, Nettogewinn 647 Millionen. Das Eigenkapital ist auf 9,487 Milliarden gestiegen. Die Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinde konnte nicht mehr ans Vorjahr anschliessen. Der Kanton erhält 164 Millionen, minus 56 Millionen, die Gemeinden erhalten 82 Millionen, minus 28 Millionen.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Bankpräsidium für die gute Zusammenarbeit und der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Die SVP wird der Vorlage 78a/2015, der Rechnung und dem Geschäftsbericht 2014 zustimmen.

Roland Munz (SP, Zürich): Angesichts grosser Herausforderungen gelang es der Bank des Zürcher Volkes, erneut ein gutes Ergebnis zu erwirtschaften. Bereinigt um die Einmaleffekte 2013 liegt das Betriebsergebnis 2014 durchaus in der Nähe zum Vorjahr. Erneut wurde ein mit den Vorjahren vergleichbarer Anteil an Gewinn ausgeschüttet. Ein Beitrag von gegen 200 Franken pro Einwohnerin und Einwohner fliesst dem Gemeinwesen zu. Das ist wichtig für die öffentlichen Haushalte, das ist aber besonders von grosser Bedeutung für den nötigen Rückhalt, den eine kantonseigene Bank in der Bevölkerung haben muss. Die SP hält gerade diese Bedeutung der Verankerung unserer Bank in Volk und Gemeinden sehr hoch und es ist darum eminent,

dass die Ausschüttung pro Kopf angemessen im Auge behalten wird, auch wenn insgesamt weniger Gewinn resultiert. In jedem Fall täte hingegen auch die öffentliche Hand gut daran, ihre ordentlichen Einkünfte so zu planen, dass sie ihre Aufgaben auch ohne Gewinnanteil der Kantonalbank vollumfänglich erledigen kann. Schöne Gewinne sind keine Selbstverständlichkeit. Seit einigen Jahren fordern immer wieder verschärfte Anforderungen an Eigenkapital und an Liquidität auch unser Institut. Wir halten die erhöhten Anforderungen bei allen Finanzinstituten für absolut richtig und es freut uns, dass unsere Kantonalbank bereits Jahre vor Ablauf der Fristen die neuen Vorschriften erfüllt, selbst wenn sie darum jetzt vorzeitig an die neuen Limiten gebunden bleibt. Das dazu nötige Kapital ist bei der Nationalbank deponiert, wir haben es gehört, wo es neu mit Negativzinsen belastet wird. Hier ist an die Adressen in Bern Kritik anzubringen: Wer liquides eigenes Kapital in einer vorgeschriebenen Grösse erhalten muss und wer dieses als Kantonalbank eben eigentlich nur bei der SNB hinterlegen kann, der müsste mindestens in diesem vollen Umfang von Negativzinsen befreit sein. Denn es ist eigentlich unhaltbar, dass sie dafür bestraft wird, dass sie vorzeitig anstehende Vorschriften einhält. So geht das natürlich schlecht. Dies verleitet bestenfalls dazu, künftig zu versuchen, erst im letzten Moment Vorgaben gerade noch einzuhalten, wahrlich keine gute Strategie, wenn die Sicherheit an erster Stelle stehen soll. Die SP ist darum froh, dass die Verantwortlichen der ZKB dennoch die Stabilität vor die Optimierung des Gewinnes stellen. Denn nie wieder soll es nötig sein, dass der Staat – und damit die Bevölkerung – zur Rettung von Banken zur Kasse gebeten wird. Bei der ZKB war dies seit Gründung der Bank 1870 gar nie nötig, und so soll es bleiben. Dabei soll man sich nicht darauf ausruhen, dass unsere Kantonalbank heute als die sicherste Universalbank der Welt geratet wird.

Mit Übernahme der Swisscanto baut die ZKB ihr Angebot für die übrigen Kantonalbanken und für institutionelle Anleger, wie Pensionskassen, klar aus, ohne dafür in grösserem Umfang Eigenmittel binden zu müssen. Bei der Integration der Swisscanto erwarten wir ein grosszügiges, maximal sozialverträgliches Vorgehen. Es ist zu begrüßen, dass mit der Integration, der Übernahme von Swisscanto eine inländische Lösung für Swisscanto gefunden werden konnte, eine Lösung, die überdies nun bei der öffentlich-rechtlichen Anstalt ZKB mitsamt ihrer demokratischen Oberaufsicht liegt. Zudem trägt diese Diversifikation dazu bei, die bankentechnischen Risiken breiter abzustützen,

also die Bank nochmals sicherer auszugestalten. Auch die laufenden Arbeiten am Notfallplan, wie sie der Präsident des Bankrates erwähnt hat, verfolgen wir aufmerksam. Und weil wir wollen, dass auch künftig über dem vorgeschriebenen Eigenkapital ein gut ausgestattetes Polster liegt, ist die SP bereit, nicht erst in 20 Jahren wieder über eine angemessene Dotationskapitalerhöhung zu sprechen. Wir stehen fest hinter einer Kantonalbank, die Wert auf die Erfüllung der drei Aspekte des Leistungsauftrages, die Versorgung, Unterstützung und Nachhaltigkeit, legt. Selbstverständlich erwarten wir im Gegenzug von einer wachsenden Kantonalbank in einem wachsenden Wirtschaftsraum auch ein wachsendes Engagement für den Leistungsauftrag.

Zu den von der AWU schwerpunktmässig begutachteten Aspekten kann ich auf die Erörterungen in der Vorlage verweisen. Unserer Fraktion, aber auch mir persönlich ist es von grosser Bedeutung, dass die AWU auch in der kommenden Legislatur die bewährte Zusammenarbeit weiterführt. Damit wir im Parlament mit Überzeugung die Genehmigung von Rechnung und Jahresbericht beantragen können, müssen wir in der Kommission nicht bloss die Richtigkeit der Inhalte in den Berichten beurteilen können. Wir müssen auch imstande sein zu beurteilen, ob nicht Wesentliches fehlt. Bei anderen kantonalen Anstalten erledigt dies teilweise die Regierung. Bei der Zürcher Kantonalbank obliegt diese Aufgabe eben der Parlamentskommission. Das allerdings setzt voraus, dass wir uns während des ganzen Jahres mit gefällten Entscheiden, insbesondere des Bankrates, befassen, dass wir uns jeweils nicht Bekanntes erörtern lassen, und zwar zeitnah, und das denkbare Relevanzen für den Leistungsauftrag diskutiert werden.

Abschliessend gratuliere ich der ZKB zum guten Geschäftsjahr, zum guten Geschäftsergebnis, allen Mitarbeitenden auf allen Stufen spreche ich im Namen der SP-Fraktion den besten Dank aus für ihren Einsatz zugunsten der Bank des Zürcher Volkes und damit zugunsten unseres Kantons, und ich beantrage Ihnen, den Anträgen der AWU zu folgen.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Wir haben es vom Bankratspräsidenten und vom Kommissionspräsidenten bereits gehört, das Geschäftsjahr 2014 kann weder von Einmaleffekten profitieren, noch war es ein ruhiges Normaljahr, im Gegenteil: Die aktuelle Lage in Europa, tiefe Zinsen, zurückhaltende Kunden und das durch die verschiedenen Regulatoren sehr aufwendig gewordene Geschäft mit Kunden aus an-

deren Ländern oder von anderen Banken verursacht hohe Kosten. Bevor die vielen Arbeiten wegen des Steuerstreits mit den USA beendet werden können, verlangt die FINMA wegen der Steuerrelevanz einen Notfallplan, der den Namen auch verdient, alles Aufgaben, die mit dem Alltagsgeschäft, dem Bankengeschäft nichts direkt zu tun haben. Auch verändert sich der Umgang der Kunden mit ihrer ZKB durch die elektronischen Möglichkeiten, die es heute gibt. Angesichts dieser Ausgangslage hat die ZKB ein valables Resultat ausgewiesen und Kanton und Gemeinden erhalten 45 Prozent, nämlich 280 Millionen Franken, inklusive der Verzinsung. Das sind 50 Millionen weniger als im letzten Jahr. Der Leistungsauftrag ist in allen Bereichen – Versorgungs-, Unterstützungs- und Nachhaltigkeitsauftrag – erfüllt, gar zum Teil übererfüllt. Mit 105,7 Millionen wurden unter anderem Sport und Kultur gesponsert, Start-ups finanziert oder gemeinnützige Tätigkeiten unterstützt. Wenn die amerikanische Ratingfirma Standard & Poor's im Herbst 2014 die ZKB zu den Top-100-Banken zählt und auch ohne Staatsgarantie ein «AA» vergibt, dann ist das nicht nur für die Bank sehr gut, sondern vor allem senkt es das Risiko für den Kanton Zürich. Auch wenn wir Freisinnigen das ZKB-Gesetz bekämpft haben, sind wir als Eigner dieser Staatsbank beruhigt, wenn die ZKB zu den sichersten Banken weltweit gehört und bereits jetzt die Bestimmungen von «Basel III» (*Bankenregulierung*) erfüllt.

Noch ein Kommentar zum Umgang mit Daten: Sie haben eine hohe Priorität, denn wir kommunizieren, neben dem immer kleiner werdenden Beziehungsgeschäft am Schalter, wann wir wollen, wo wir wollen, womit wir gerade unterwegs sind, mit den verschiedensten technischen Mitteln. Diese gesellschaftliche Entwicklung hat auch für die ZKB Folgen. Die FDP begrüsst es, wenn Standorte überprüft werden und adäquate Lösungen angeboten werden, wenn Gebühren kostendeckend und nicht primär gewinnbringend erhoben werden. Der Versorgungsauftrag darf nicht als Relikt aus alten Zeiten interpretiert werden, nach dem Motto «Jedem Dorf seine ZKB». Die Bank hat die Leistungen zu erbringen, die der Kunde auch wirklich verlangt, und das ändert sich laufend. «Die nahe Bank» darf nicht nur geografisch beurteilt werden.

Was erwarten wir von der ZKB für die Zukunft? Eine weiterhin hohe Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Flexibilität, Kreativität. Und ich wünsche mir, dass sie auf ihre ZKB weiterhin stolz sein können, und danke für das grosse Engagement. Wir erwarten weiterhin eine erfolgreiche Integration der Swisscanto, denn durch diesen

Kauf wird neben dem starken Zinsgeschäft die Ertragsstruktur weiter diversifiziert. Und damit wird die Bank noch sicherer. Und nicht zuletzt wünsche ich mir als Vertreterin einer Gemeinde eine für Kanton und Gemeinde frühzeitig einschätzbare Aussage zur Gewinnausschüttung. Es ist mir klar, das ist nur ein Wunsch.

Die FDP wird die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB genehmigen.

Maria Rohweder (Grüne, Männedorf): Seit der Erklärung als systemrelevante Bank vor eineinhalb Jahren ist die ZKB noch stärker ins Rampenlicht gerückt mit ihrer besonderen Verantwortung, die sie nicht nur im Kanton Zürich, sondern nun explizit für die ganze Schweiz trägt. Wir Grünen mit unserer wachstumskritischen Haltung fühlen uns in diesem Punkt sehr bestätigt. Umso wichtiger ist der Leistungsauftrag, der nebst dem ZKB-Gesetz die Basis für die Geschäftstätigkeit unserer Kantonalbank bildet. Dabei ist uns bewusst, dass die ZKB als wirtschaftliches Unternehmen sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Erfolg und der Erfüllung des Leistungsauftrags bewegt. Anhand des Berichts der AWU möchte ich dieses Spannungsfeld erörtern und aus Sicht der Grünen Fraktion kommentieren.

Erstens: die Kundenbeziehung und der Versorgungsauftrag. «Die nahe Bank», mit dieser Vision wirbt die ZKB für ihre Marke. Mit dem dichtesten Filialnetz aller Banken im Kanton Zürich hat sie die Nase vorn. Das ist gut so. Und damit es so bleibt, muss die ZKB einiges investieren. Denn durch die seit 1. April 2014 reduzierten Öffnungszeiten können zwar Kosten gesenkt werden, aber auch Kunden verloren gehen. Mit dem permanenten Ausbau hin zum Omnikanalangebot, über alle physischen und elektronischen Schnittstellen hinweg, will die ZKB auch in Zukunft persönlich, elektronisch und telefonisch erreichbar sein. Mit diesem Ziel für die Erfüllung des Versorgungsauftrags ist die ZKB gut unterwegs. Eine kritische Anmerkung möchten wir Grünen dennoch anbringen: Die ZKB hebt im Spezialbericht die Bedeutung des gemeinnützigen Engagements ihrer Mitarbeitenden hervor, weil sie eine Brückenfunktion zwischen Politik und Wirtschaft einnehmen. Sie unterstütze dieses Engagement, indem sie ihnen 22 bezahlte Absenztage pro Jahr gewähre. Als amtierende Politikerinnen und Politiker möchten wir der ZKB beipflichten und betonen, dass dieses Angebot kein Lippenbekenntnis sein darf. Deshalb müssen di-

rekte Vorgesetzte einbezogen sein und das hiesige Milizprinzip insbesondere den von aussen kommenden Linienvorgesetzten nähergebracht werden. Das Milizsystem ist eine grosse Stärke des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Zweitens: Rohstoffanlagen und deren Nachhaltigkeitsauftrag. Die ZKB hat gegenüber der AWU sehr detailliert darüber berichtet, mit welcher Geschäftspolitik und nach welchen Kriterien sie ihre Anlageprodukte im Bereich «Agrarrohstoffe» anbietet. Die im Kommissionsbericht erwähnten Gespräche mit den NGO (*Non-Governmental Organisations*) haben ergeben, dass die Meinungen teilweise auseinandergehen. Dass sich die Wissenschaft nicht einig ist über den Effekt der Investoren, darüber besteht Konsens. NGO gewichten dabei das Ausmass des Einflusses auf die Preisentwicklung und Schwankungen von Agrarrohstoffen aber höher als die Anbieter von Rohstoffanlageprodukten. Auch bezüglich Nachhaltigkeit gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die ZKB stützt sich auf die Prinzipien für verantwortliches Investieren der Vereinten Nationen und kommt zum Schluss, dass sie diese erfüllt. Die Kritiker vertreten hingegen die Ansicht, dass unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit Rohstoffanlagen prinzipiell auszuschliessen sind. Beim Vorsorgeprinzip besteht Einigkeit darüber, dass für eine fundierte Anwendung eines solchen Prinzips präzise formulierte Kriterien und Anforderungen sehr wichtig sind. Allerdings wird seitens der NGO festgestellt, dass Kriterien zur Anwendung des Vorsorgeprinzips gar nicht klar definierbar sind. Pointiert zusammengefasst heisst dies: Die ZKB findet keinen gravierenden Grund, weshalb ihre Kunden – das sind hier vornehmlich institutionelle Anleger – nicht in Agrarrohstoffe anlegen sollen, und deshalb bietet sie entsprechende Produkte an. Allerdings könnte man genauso gut den folgenden Grundsatz anwenden: Solange wissenschaftlich nicht erhärtet werden kann, dass wirklich keine negativen Auswirkungen daraus entspringen, sollten Anlageprodukte in Agrarrohstoffe gar nicht erst angeboten werden. Nebst der kontroversen Diskussion zur Nachhaltigkeit des Vorsorgeprinzips bleibt die Frage, welchem Kundenbedürfnis die ZKB mit ihren Rohstoffanlagen eigentlich Rechnung tragen will. Wir Grünen sind der Meinung, dass der Kundenwunsch nach Diversifikation, Inflationsschutz und Renditeoptimierung auch anderweitig abgedeckt werden kann. Ein bewusster Verzicht auf umstrittene Produkte würde die Reputation der ZKB sogar stärken. Die Haltung der Grünen Fraktion zu diesem Thema ist dieselbe wie vor einem Jahr,

als wir den expliziten Verzicht auf Anlagen mit Agrarrohstoffen empfehlen.

Drittens: die Übernahme des Gemeinschaftswerks Swisscanto und der Unterstützungsauftrag. Nachdem die ZKB sich in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich zur marktführenden Zürcher Universalbank ausgerichtet hat, scheint rückblickend die Übernahme des Gemeinschaftswerks Swisscanto schon fast ein logischer Schritt gewesen zu sein, um sich mit dieser Diversifikation noch breiter im Bankengeschäft und im Markt abzustützen. Mit dem Kauf der Swisscanto hat die ZKB zwar ihre Ertragsdiversifikation erweitert, was bezüglich Systemrelevanz positiv einzustufen ist. Mit der geografischen Abdeckung der gesamten Schweiz ist sie nun allerdings sozusagen zur Schweizer Kantonalbank geworden. Wir Grünen verstehen, dass die ZKB ein breit abgestütztes Geschäftsmodell braucht. Bezüglich ihres Leistungsauftrags möchten wir an dieser Stelle aber betonen, dass für uns ihre Unterstützungsverpflichtung gegenüber der Zürcher Wirtschaft prioritär ist.

Und damit komme ich zum Schluss: Das Geschäftsjahr durfte die ZKB erfolgreich und mit einem guten Gewinn abschliessen. Wir alle wissen: Das ist nicht selbstverständlich, dahinter steht eine Geschäftsführung, die sich der vielen Risiken bewusst ist und sich im Rahmen des Leistungsauftrags entsprechend vorsieht. Im Namen der Fraktion der Grünen mit AL und CSP danke ich dem Bankrat für die gute Zusammenarbeit und der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der ZKB für die geleistete Arbeit. Wir werden sowohl Geschäftsbericht wie Rechnung genehmigen.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Sie haben Informationen zum Umfeld der ZKB sowie die Übersicht über den Geschäftsbericht und die Stellungnahme der AWU bereits von Jörg Müller, Benedikt Gschwind sowie meinen Vorrednerinnen und Vorrednern erhalten. Ich möchte nur zu einigen spezifischen Punkten, die der GLP, aber teilweise auch mir persönlich wichtig sind, eingehen. Die Grünliberalen werden den Geschäftsbericht genehmigen. Wir danken den Verantwortlichen und den Mitarbeitenden für ihren Einsatz im letzten Jahr, welcher das diesjährige Ergebnis ermöglicht hat. Dass die Quote für die Ausschüttungen an Kanton und Gemeinden beibehalten wurden, begrüßen wir und bedanken uns im Namen des Kantons und der Gemeinden dafür.

Geschäftsmodell und Swisscanto: Das Bankenumfeld hat sich in den letzten zehn Jahren stark gewandelt und das Marktumfeld wird auch in den nächsten Jahren kaum mehr in die ruhigen Gewässer von vor der Finanzkrise und den Verwerfungen im Euroraum zurückfinden. Die ZKB hat bei der Entwicklung der Gewinne in einzelnen Sparten bereits verschiedene Erfahrungen mit diesen Veränderungen gemacht und entwickelt ihr Geschäftsmodell laufend weiter. Die Übernahme der Swisscanto in diesem Zusammenhang ist sicher als positives Beispiel zu erwähnen. Dazu, dass die ZKB weitsichtig die Gelegenheit am Schopf gepackt und sogar die anderen Kantone dazu gebracht hat, an die Zürcher zu verkaufen, dazu darf man gratulieren. Als Universalbank die Diversifikation weiter voranzutreiben und als systemrelevante Bank die Risiken besser zu verteilen, ohne viel Eigenmittel hinterlegen zu müssen, ist positiv zu würdigen. Die ZKB ist inzwischen der drittgrösste Tanker der Schweizer Bankenwelt. Ich wünsche den Verantwortlichen die Weitsicht und die nötige Innovationskraft, um unter den neuen Rahmenbedingungen auch längerfristig die Unterstützung des Kantons Zürich und gleichzeitig die finanzielle Stabilität gewährleisten zu können, welche sich alle Beteiligten wünschen. Ich gratuliere an dieser Stelle der ZKB zu ihren positiven Ratings im letzten Jahr und freue mich sehr, dass die ZKB die Vorgaben an die Schweizer Banken mehr als nur einhält. Dies dient der Sicherheit.

Leistungsauftrag und Nachhaltigkeit: Die ZKB tritt als verantwortungsbewusste und lokal verankerte Bank auf. Wir durften in der AWU auch im vergangenen Jahr viele gute Beispiele im Rahmen von Sponsoring, Engagement der Verantwortlichen vor Ort oder bei den neuen Produkten kennenlernen. Auch wenn viele gelebte Beispiele von Nachhaltigkeit und Eingehen auf die Bedürfnisse des Kantons Zürich in der Praxis erfahrbar sind, ist die Steuerung in unseren Augen immer noch unbefriedigend, da das Verständnis bei den verschiedenen Beteiligten unterschiedlich ist. Ich beziehe mich hier sowohl auf die Bank als auch auf den Kantonsrat. Die Zeiten haben sich geändert und wir sollten das Verständnis von Leistungsauftrag und Nachhaltigkeit einmal wieder neu diskutieren. Die Einführung der neuen AWU in der nächsten Legislatur wäre sicher ein geeigneter Anlass hierfür. Für die verantwortliche Abteilung für den Leistungsauftrag würde ich mir persönlich wünschen, dass man sie stark einbezieht. In meinen Augen versteht sie sich mehr als Messstelle denn als Koordination oder sogar als Seele des Leistungsauftrags. Spannend wird in diesem Zusammenhang sicher auch die Integration der Swisscanto. Hier geht es nicht

darum, die nötigen Zahlen für die Berichterstattung zusammenzusuchen, sondern das Geschäftsmodell und das Nachhaltigkeitsverständnis der ZKB bei allen – auch neuen – Mitarbeitenden einzuführen.

Zum Schluss noch zur Unternehmenskommunikation: In meinem letztjährigen Votum habe ich auf das Verbesserungspotenzial im Bereich «Kommunikation» hingewiesen, vor allem, was das nötige Gespür für den Auftritt einer Kantonalbank und die Aussenwirkung von Wort und Ton anbelangt. Mit der Neuausrichtung und Neubesetzung der Unternehmenskommunikation wurden erste Schritte diesbezüglich vorgenommen. Die Stärkung unter anderem der internen Kommunikation, der zeitgemässen Informationskanäle oder die Einführung einer eigentlichen PR-Stelle (*Public Relations*) begrüssen wir. Wir sind gespannt, was sich hier im nächsten Jahr tun wird, und freuen uns auch, wenn sich die Spitze der ZKB hier auch integriert.

Zum Schluss möchte ich mich bei der ZKB für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren bedanken, für die Bereitschaft zum Informationsaustausch, für die Einblicke in die Umsetzung durch die Verantwortlichen und die Mitarbeitenden und ganz speziell beim Bankpräsidium und Frau Niemeyer (*Françoise Niemeyer, Sekretärin des Bankrates*) und ihrem Team. Ich habe zwei sehr spannende Jahre in der AWU erleben dürfen und ich habe sehr viel gelernt. Ich wünsche der ZKB alles Gute.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Die CVP-Fraktion schliesst sich der AWU betreffend Gesamtergebnis des Geschäftsabschlusses 2014 an und beantragt, die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB zu genehmigen und die verantwortlichen Organe zu entlasten. Wir bedanken uns beim Bankpräsidium, beim Bankrat, bei der Generaldirektion und bei allen Mitarbeitenden der ZKB für ihre hierfür geleistete Arbeit. Die Einzelheiten wurden vom Kommissionspräsidenten und von meinen Vorrednern soweit erwähnt, dass dem Geschäftsergebnis meinerseits nur noch ein kurzes Fazit und eine Bemerkung zum nachfolgenden Traktandum hinzuzufügen ist, nämlich dass den gegebenen Umständen entsprechend das Gesamtergebnis der ZKB zwar nicht zu grösster Begeisterung Anlass gibt, aber trotzdem als weit besser als nur befriedigend bezeichnet werden kann. Die Bank hat ihrerseits alles unternommen, um sich in der anspruchsvollen neuen Finanzmarktsituation gut zu positionieren. Dies ist ihr bis zum heutigen Zeitpunkt auf gewohnt solide Weise gelungen. Wenn ihr aber jemand bei dieser oh-

nehin nicht einfachen Aufgabe das Leben schwerer gemacht hat als nötig oder ihr zumindest nicht die ihr gebührende Hand zu bieten bereit war, dann waren dies die eigenen Entscheide unserer Parlamentsmehrheit, indem sie ihre eigene Bank mutwillig der Option beraubte, Partizipationsscheine zu emittieren und eine ohne letztere Möglichkeit eher obsolet gewordene Entschädigung der Staatsgarantie in einer für uns ziemlich untauglichen und sinnfreien Form durchdrückte. Weiter lange darüber zu lamentieren, bringt zwar nach dem demokratisch bereits gefällten Entscheid zugegebenermassen wenig. Ich kann es aber trotzdem nicht ganz unterlassen, nochmals meine Hand und damit auch die Hände der ganzen CVP-Fraktion in Unschuld zu waschen und diese Entscheide wiederholt als falsch zu taxieren. Einerseits entbehrt der Entscheid, die Partizipationsscheine aus dem Gesetz zu streichen, nicht nur jeder Vernunft, sondern degradiert die geflügelten Worte aus der Zeit des römischen Kaisers Vespasian «Pecunia non olet» (*Geld stinkt nicht*) auf den Status eines Relikts ohne jegliche Gültigkeit. Denn den einen in unserem Rat stinkt das Geld von Privaten offensichtlich gewaltig und den anderen ist das Geld von Fremden so zuwider, dass beide dieses vornehm verschmähen. Andererseits ist dies der Heldentaten aber noch nicht genug, indem weiter entschieden wurde, ein Modell der Abgeltung der Staatsgarantie zu wählen, welches nicht dem legitimen Zweck dienen wird, den Wettbewerbsvorteil einer gesetzlich verankerten Staatsgarantie auszugleichen. Deshalb wird dies zu nichts mehr und zu nichts weniger führen, als dass die Gewinnausschüttung der ZKB zuungunsten des Kantons und der Gemeinden geschmälert wird. Wenn genau dies die Absicht ist und zur verfolgten Strategie gehört, kann ich den Entscheid ja noch nachvollziehen. Wenn aber im gleichen Atemzug eine unverändert hohe Gewinnausschüttung erwartet wird, geht mir der Glaube über konsistentes Denkvermögen Letzterer langsam aber sicher abhanden. Nun, sei's drum, unserem Vorschlag einer marktkonformen Entschädigung der Staatsgarantie wollte die Ratsmehrheit partout nicht folgen. Wir respektieren diesen Entscheid selbstverständlich auch, trotz grösserem Unverständnis.

Um die Ratseffizienz zu steigern, schicke ich hiermit gleich voraus, dass wir unter dem Licht des Gesagten dem nächsten Geschäft betreffend Genehmigung des Reglements über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank (332a/2014) mit stillem Unbehagen und ohne Begeisterung zustimmen werden.

Nik Gugger (EVP, Winterthur): Als neues AWU-Mitglied werde ich mich kurz halten, da meine Vorrednerinnen und Vorredner die wichtigsten Punkte sehr gut kommentiert haben. Die EVP ist zufrieden mit dem Geschäftsjahr und dem erzielten Geschäftsgewinn von 647 Millionen Franken. In den drei Ertragssparten Zinsen, Kommissionen und Dienstleistungs-/Handelsgeschäft mussten leider Rückgänge hingenommen werden. Dank der breiten Diversifikation, wie Sie bereits gehört haben, konnten aber verschiedene Rückgänge in einzelnen Sparten kompensiert werden. Beispielsweise konnte der Personal- und Sachaufwand nochmals um 3,3 Prozent gesenkt werden. Mit anrechenbaren Eigenmitteln von 9,8 Milliarden Franken verfügt die ZKB über eine komfortable Kapitalausstattung und ist gemäss Standard & Poor's eine der sichersten Banken der Welt und für mich die sicherste Bank der Schweiz. Dem Kanton und den Gemeinden werden vom Jahresergebnis 248 Millionen Franken, ohne die Verzinsung mit einzurechnen, ausgeschüttet. Dies ist zwar weniger als letztes Jahr, aber unter Berücksichtigung der Stürme in der Finanzwelt ein gutes Resultat.

Zum Abschluss möchte ich kurz auf Swisscanto hinweisen. Die Übernahme der Swisscanto AG Ende 2014 war ein mutiger Schritt der ZKB, aus unserer Sicht ein folgerichtiger, wir gratulieren zum Kauf. Wichtig ist uns, dass diese Fusion nun sorgfältig überführt und durchgeführt wird. Als AWU-Mitglied schätze ich die wertschätzende Zusammenarbeit mit dem Bankratspräsidium und der ZKB sehr und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit in der neuen Legislatur.

Zum Schluss: Die EVP dankt dem Bankratspräsidium, der Geschäftsleitung und ihren 5000 Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Die EVP empfiehlt, die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht abzunehmen. Danke.

Bruno Fenner (BDP, Dübendorf): Im Namen der BDP-Fraktion gratuliere ich der Zürcher Kantonalbank zum guten Konzerngewinn 2014. Mit einem Konzerngewinn von 647 Millionen Franken wurde in einem schwierigen Geschäftsumfeld wiederum ein gutes Ergebnis erzielt. Einen Rückgang der Erträge bewirkten vor allem die tiefen Zinsen, der Wegfall der Einmaleffekte aus dem Vorjahr und die zurückhaltenden Kundenaktivitäten im Handelsgeschäft. Den Gemeinden werden 82 und dem Kanton 164 Millionen ausgeschüttet. Zudem kommen als Entschädigung für die Abgeltung des Dotationskapitals

noch 34 Millionen hinzu. Wir danken den Mitarbeitenden sowie dem Bankrat und dem Bankpräsidium für die mit grossem Einsatz geleistete Arbeit. Erfreut nahm die BDP zur Kenntnis, dass sowohl der Personal- wie auch der Sachaufwand mit nachhaltigen Massnahmen nochmals um 3,3 Prozent gesenkt wurden und der Fokus nicht nur bei den Einnahmen liegt. Das Schwerpunktthema «Leistungsauftrag Filialnetz» der Zürcher Kantonalbank beherrschte unter anderem die Agenda der AWU. Ich konnte feststellen, dass die Zürcher Kantonalbank ihr Versprechen «Die nahe Bank» lebt und für uns Kunden täglich und auch aufgrund ihrer physischen Nähe und ihrem dichten Filialnetz immer präsent ist. Von Bancomat-Auszahlungen über telefonische Beratung zu den Schaltertransaktionen mit E-Banking wird alles in Anspruch genommen. In den letzten zehn Jahren haben sich die Schalterauszahlungen halbiert und auch die Auszahlungen an den Automaten stagnieren. Dafür haben sich die bargeldlosen Einkäufe mehr als verdreifacht. Meine 23- und bald 26-jährige Töchter zum Beispiel haben in der Schweiz noch nie eine Bank von innen gesehen. Sie wickeln ihre Bankgeschäfte alle online ab. Das pure Gegenteil ist mein 88-jähriger Vater. Trotz gutem Zureden unsererseits gibt es für ihn leider nur den Bankschalter. «Auge in Auge mit dem Banker» ist seine Devise. Ohne persönlichen Kontakt geht da überhaupt nichts. Dieser grossen Spannweite der Bedürfnisse der Bankkunden gerecht zu werden, ist sehr anspruchsvoll. Darum ist die Analyse des Kundenverhaltens enorm wichtig, um das Angebot der ZKB der Entwicklung der Bedürfnisse laufend anzupassen und weniger genutzte Kanäle langsam zu reduzieren.

Die BDP erachtet die Akquisition der Swissscanto Ende 2014 als eine sinnvolle Transaktion. Damit wird die Bank ihr institutionelles Vermögensverwaltungs- und Anlagegeschäft ausbauen und ist in der Lage, die Abhängigkeit vom Zinsgeschäft weiter zu reduzieren. Über ein Drittel der Erträge soll künftig mit Dienstleistungen und Kommissionen erwirtschaftet werden. Die Übernahme macht die Zürcher Kantonalbank durch die Diversifizierung der Ertragsstruktur sicherer. Die Vorteile einer grossen, auch international vernetzten Universalbank, kombiniert mit einem auf Kontinuität ausgerichteten Leistungsauftrag, macht die Zürcher Kantonalbank auch in Zukunft einzigartig und wird massgeblich zur weiteren Prosperität unseres Kantons beitragen, sofern man sie lässt oder nicht zu stark an die kurze Leine legt. Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass die ZKB, namentlich die Führung der Bank, in der Vergangenheit und in der Gegenwart sehr vieles rich-

tig gemacht hat. Wir stimmen der Genehmigung der Rechnung und dem übersichtlich gestalteten Geschäftsbericht 2014 zu und bedanken uns nochmals bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das sehr gute Ergebnis. Besten Dank.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Nun haben sich die Fraktionssprechenden verlauten lassen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Nach all den Lobpreisungen der Vorredner und Vorrednerinnen und angesichts des wunderschönen Blumengestecks hier im Rat erlaube ich mir, eine kritische Würdigung des Geschäftsberichts der ZKB vorzunehmen, waren doch auch dieses Jahr wieder gar keine oder nur sehr wenige kritische Worte sowohl vonseiten der Aufsichtskommission als auch von den Fraktionssprechern zu vernehmen. Unsere Parlamentsbank ist in der Verfassung verankert und hat gemäss Kantonalbankgesetz Artikel 2 einen Leistungsauftrag zu erfüllen, heisst es doch dort, ich zitiere: «Die Bank hat den Zweck, zur Lösung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Kanton beizutragen.» Mit Hypothekarforderungen von 71,4 Milliarden und weiteren Forderungen gegenüber Kunden von rund 15 Milliarden Franken, somit total 86,4 Milliarden Kundenforderungen, ist die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um fast 6 Prozent respektive rund 8,7 Milliarden auf 158,4 Milliarden aufgeschwollen. Dazu kommen umfangreiche ausserbilanzmässige Geschäfte, welche ein auch nicht unbedeutendes Risiko darstellen. Die Bilanz des Kantons demgegenüber wies per 31. Dezember 2014 Aktiven von rund 21,3 Milliarden und – für die sogenannten Konsolidierungskreise 1 bis 3 – einen Umsatz von rund 17,9 Milliarden aus. Die Bilanzsumme der ZKB ist im Vergleich zum Wachstum des Bruttoinlandprodukts, BIP, über kurze und lange Zeit zu stark gewachsen. Das durchschnittliche Wachstum des BIP im Kanton Zürich betrug in den Jahren 2008 bis 2012 rund 0,8 Prozent pro Jahr. Die Bilanzsumme der ZKB weist in diesem Zeitraum ein Wachstum von 7,4 Prozent auf. Seit 2007 ist die Bilanzsumme der ZKB kumuliert um 65 Prozent gestiegen und übersteigt mittlerweile das BIP des gesamten Kantons. Diese Fakten bedeuten, dass das Risiko der ZKB für den Kanton deutlich zugenommen hat. Die Bewertungen und Berichte von Standard & Poor's sind an und für sich positiv. Doch die gleiche Firma hat ja noch vor nicht allzu langer Zeit die US-Hypothekarlandschaft etwas überschwänglich

gewürdigt, was schlussendlich durch den Markt brutal korrigiert wurde. Und es ist auch anzumerken, dass Bewertungen und Bericht der Amerikaner nicht die Eigenheit des Leistungsauftrags berühren, sondern die ZKB – wie eine andere Bank in der Schweiz – mit dem zusätzlichen Vorteil der Staatsgarantie, aber ohne die Einschränkung gemäss Gesetz beurteilen. Alle diese Fakten und Zahlen beweisen eindrücklich, dass die Feststellung, die Zürcher Kantonalbank stelle ein Klumpenrisiko für unseren Kanton dar, nicht aus der Luft gegriffen ist.

Dem ungezügigten Wachstum der Staatsbank muss Einhalt geboten werden. Bankrat und Geschäftsleitung dürfen nicht weiter, der Strategie eines Textilgrosshändlers frönend, auf Umsatz bolzen. Eine Aufspaltung des Unternehmens oder der Verkauf von aktiven Vermögenswerten zwecks Entschlackung der Bank sowie die Neuordnung und Rückbesinnung auf eine wieder strikter dem Leistungsauftrag verpflichteten Institution muss an die Hand genommen werden. Sonst wird der Markt es früher oder später brutal richten. Es ist kurz vor Zwölf.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Erlauben Sie mir eine Bemerkung und doch zwei Feststellungen für eine erhöhte Wachsamkeit in dieser Berichterstattung im Zusammenhang mit der Zürcher Kantonalbank:

Zum Ersten: Auch ich möchte das Jahresergebnis, das geleistet wurde, hoch anerkennen. Ich messe es noch an einer anderen Grösse, die hier letztlich wenig erwähnt wurde. Alle haben betont, dass dieses Ergebnis in einem schwierigeren Umfeld, unter schwierigeren Rahmenbedingungen zustande gekommen ist. Und trotzdem ist es der Zürcher Kantonalbank gelungen, die Einlage in das Eigenkapital praktisch im gleichen Umfang vorzunehmen. Dass dies gelungen ist, verdient hier und heute ganz besondere Anerkennung, weil das das Kernstück jedes Unternehmens, jedes Selbstständigerwerbenden ist, dass es ihm immer gelingt, zuerst für das eigene Unternehmen die Reserven auszubauen und die Leistungen auszuweisen, im Sinne des Fortbestands des Unternehmens.

Zweiter Punkt, der erhöhten Wachsamkeit: Verschiedene haben jetzt auch erwähnt, dass die Übernahme der Swisscanto eine gelungene Angelegenheit ist. Das möchte ich nicht grundsätzlich von der Hand weisen, aber es gibt Hinweise, die hier und heute nicht erwähnt wurden. Zum einen Punkt: Seien wir uns also bewusst, dieses ganze En-

gagement steht und fällt letztlich über die Tochtergesellschaften im Ausland. Und diese Übernahme führt auch dazu, dass Bewilligungen im Ausland zu diesen Tochtergesellschaften gesprochen werden müssen. Seien wir uns dessen hier als Staatsbank bewusst, wer da mit spricht im Bewilligungsverfahren.

Zweitens: In diesem Bereich der Tochtergesellschaften ist letztlich nicht unsere Finanzmarktaufsicht zuständig, sondern es ist die ausländische Finanzmarktaufsicht, die letztlich unsere Tochtergesellschaften prüft. Seien wir uns das heute auch bewusst, dass in Zukunft hier letztlich Leute in die Geschäftstätigkeit dieser Tochtergesellschaften ganz klar Einblick nehmen, und dies verbunden mit den Verbindungen in unserer Staatsbank des Zürcher Kantonsrates?

Drittens ist da der Punkt noch zu erwähnen: 23 von 24 Kantonen haben in diesem Gemeinschaftswerk alle eigentlich ihrem Lob Ausdruck gegeben, dass dies zustande kommt. Sind wir als Zürcher Kantonsrat letztlich auch in der Lage, Probleme, die sich möglicherweise auch in den anderen Kantonen abzeichnen, auch zu lösen? Das müssen wir uns bewusst sein und das müssen wir vielleicht verstärkter hinterfragen, solange wir das Modell «Staatsbank Kanton Zürich» in den Vordergrund stellen.

Und jetzt noch ein letzter Punkt: All diese Fragestellungen sind immer verbunden, eng verknüpft mit einer Risikoabwägung. Und erlauben Sie mir, ich habe heute die Gelegenheit, da auch noch einen Input zu geben: Der jüngste Entscheid der Zürcher Kantonalbank, dass man eine halbe Million Quadratmeter landwirtschaftliches Kulturland einem privaten Investoren übergibt (*Verkauf «Guldenen» auf dem Pfannenstiel*), ohne den Nachweis, dass er eine landwirtschaftliche Tätigkeit erbringt, das ist zu hinterfragen. Es ist aber auch zu hinterfragen, weil ich unter dem Aspekt des Risikos heute, in zehn Jahren oder in 50 Jahren null Risiko habe, mit landwirtschaftlichem Kulturland einen Franken zu verlieren, so wie es in den Büchern der ZKB ist. Das sind zwei, drei Hinweise, die ich noch platzieren wollte.

Ich wünsche aber der ZKB weiterhin eine gute Arbeit und einen guten Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit, orientiert als Zürcher Staatsbank, für die wir als Parlamentarier in der Verantwortung stehen. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Im Dezember 2014 hat die ZKB, rückwirkend auf den 1. Juli 2014, die Swisscanto-Gruppe zu einem stolzen Grundpreis von 360 Millionen

und einem variablen Kaufpreisanteil von den anderen Kantonalkassen übernommen. Mit 1,5 bis 2 Prozent der verwalteten Vermögen ist der Kaufpreis für die Swissscanto-Gruppe nicht nur stolz, sondern im Marktvergleich als sehr hoch und deshalb unverständlich zu bewerten. Beim von der Swissscanto-Gruppe bearbeiteten Fondsgeschäft handelt es sich um eine Geschäftssparte, welche sehr grossem Konkurrenzdruck ausgesetzt ist und welcher regulatorisch hochsensibel und mit grossem Aufwand zu bearbeiten ist. Die Zeit der Retrozessionen ist auch vorbei. Gross- und Universalbanken verzichten auf eigene Fonds und tun es heute immer vermehrt Grossverteilern gleich, indem sie von den Fondsgesellschaften ein Entgelt für die gute Positionierung dieser Produkte in ihren Regalen, sprich Broschüren, und auf ihren Handelsplattformen verlangen. Die Verkäufer der Swissscanto haben dies wohl auch so verstanden, als sie dankbar das Unternehmen der ZKB verkauften.

Die Richtlinien für die Erfüllung des Leistungsauftrags, LS 951.13 (*Loseblattsammlung der Zürcher Gesetzessammlung*), in Verbindung mit dem Reglement über die Organisation der ZKB bilden in der Tat Basis für ein Engagement in Anlagen und Vorsorgen durch unsere Staatsbank. Allerdings ist dies meines Erachtens eine durch den Bankrat beschlossene und zu weit gehende Auslegung des Kantonalkassengesetzes. Natürlich sind Anlage- und Vorsorgeprodukte ein wesentliches Bedürfnis der Einwohner und Firmen im Kanton Zürich. Dennoch bedarf die Bank nicht, genauso wie sie auch nicht Hypotheken an Hinz und Kunz vergeben oder ausserkantonale domizilierten Grossfirmen im In- und Ausland Kredite geben muss, eines eigenen Asset-Managers, in diesem Falle die Swissscanto-Gruppe, welche auch Fonds selber auflegt, verwaltet und vertreibt. Es gibt in der Schweiz rund 420 von der FINMA bewilligte Fondsleitungen, Vertreter und Vertriebsleiter und tausende verfügbare Anlagefonds. Es ist daher für die Grundversorgung im Kanton nicht nötig, solche Produkte aufzusetzen und zu verwalten. Und selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellte, ein eigener Asset-Manager sei für die Grundversorgung im Kanton notwendig, dann ist die Swissscanto-Übernahme auch nicht zielführend, da sie zu einem substantiellen Teil Geschäft ausserhalb des Kantons oder gar der Schweiz mit sich bringt und dies nicht dem Kern des Leistungsauftrags entspricht. Aus all diesen zwingenden Gründen werde ich dem Geschäftsbericht der Staatsbank nicht zustimmen und stelle die von Bankrat und Geschäftsleitung verfolgte Strategie grundsätzlich infrage.

Jörg Müller-Ganz, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank: Alle Fraktionen haben in den letzten 60 Minuten unsere Aktivitäten im vergangenen Geschäftsjahr positiv gewürdigt. Sie haben dabei die Breite Ihrer Parlamentsbank beleuchtet bezüglich der Perspektive unserer verschiedenen Kundengruppen in Bezug auf die Kernaktivitäten «Finanzieren und Anlegen». Sie haben die Rolle der Zürcher Kantonalbank als bedeutende Arbeitgeberin für Angestellte und Lernende dargestellt und Sie haben den Fokus auf die Erfüllung des Leistungsauftrags dargestellt. Ich möchte auf die ganz am Schluss aufgetauchten, relativ kritischen Äusserungen insofern trotzdem noch eine Replik angeben.

Die Bilanzsumme unserer Bank ist auf 158 Milliarden angewachsen. Das ist in der Tat so, dass sie gewachsen ist. Aber sie ist insbesondere durch die höheren regulatorischen Anforderungen gewachsen. Vor noch wenigen Jahren, im Jahr 2010, hat sich die Liquidität unserer Bank auf weniger als eine Milliarde belaufen und jetzt müssen wir aus regulatorischer Sicht eine Liquidität von zurzeit 27 Milliarden Schweizer Franken haben. Dieses Wachstum von 26 Milliarden ist ein ganz massgeblicher Punkt, warum unsere Bilanzsumme in der letzten Zeit überproportional angestiegen ist.

Zum Thema «Guldenen» möchte ich Ihnen sagen, dass die Bank dieses Engagement am Zürichsee im Jahr 1978 im Hinblick darauf gekauft hat, dort einen Sportplatz errichten zu können. Der ist nachher, weil es sich in der Landwirtschaftszone befindet, leider nie zur Errichtung gekommen. Seither versuchen wir Lösungen zu finden für dieses Gebiet, das letztlich ein Restaurant umfasst, eine naturschützerisch wichtige Zone, die auch von der Bevölkerung genutzt wird, und zwei Landwirtschaftsbetriebe. Wir haben jetzt eine Lösung gefunden, die für alle diese Bedürfnisse eine nachhaltige, langfristige Lösung ermöglicht, dass auch die Bauern, die dort entsprechend ihre Güter bewirtschaften, noch langfristig ihre Pacht so aufrechterhalten können, dass die Naturschützer weiter das Gebiet brauchen können, dass im Winter die Loipen gebraucht werden können und dass zusätzlich das Restaurant, das jetzt seit wenigen Jahren verschiedene Pächter in den Ruin getrieben hat, wieder auf gute Beine gestellt werden kann. Deshalb sind wir auch der Ansicht, dass wir für «Guldenen» eine gute, nachhaltige Lösung ausserhalb der Zürcher Kantonalbank gefunden haben.

Zur Swisscanto, als letzte Bemerkung, möchte ich sagen, dass die Zürcher Kantonalbank bereits vor dem Kauf der Swisscanto ein sehr

aktiver Asset-Manager war, nämlich der fünftgrösste Asset-Manager der Schweiz. Durch den Kauf der Swisscanto – und da sind die Skaleneffekte eben wichtig – ist sie nun der drittgrösste Asset-Manager. Wir haben kein neues Geschäft und keinen neuen Geschäftsbereich aufgebaut, aber unseren bestehenden Geschäftsbereich gestärkt und damit auch die Ertragskraft unserer Bank diversifiziert und damit auch sicherer gemacht.

Ich möchte an dieser Stelle Ihnen allen danken, dass Sie von allen Fraktionen den Organen unserer Bank Ihr Vertrauen aussprechen, und danke für das Vertrauen. Danke.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 162 : 2 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 78a/2015 zuzustimmen und damit die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2014 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Sola-Stafette

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Sie wissen, dass wir heute noch einen Apéro haben. Die Pause wird daher ein bisschen verkürzt sein. Ich bitte Sie noch schnell um Aufmerksamkeit für zwei kurze Mitteilungen.

Am vergangenen Samstag fand wieder die traditionelle Sola-Stafette der Zürcher Hochschulen statt. Mit 900 anderen Laufbegeisterten nahm auch ein Team des Kantonsrates die 116 Kilometer unter die Füsse. Die Kantonsratspräsidentin hat die Läuferinnen und Läufer auf der Forch angefeuert. In 14 Etappen haben Stefanie Huber, Ursina

Egli, Thomas Marthaler, Pierre Dalcher, Roger Bartholdi, Christian Lucek, Claudia Wyssen, Astrid Furrer, Claudio Schmid, Rosmarie Joss, Thomas Wirth, Urs Dietschi, Karin Egli und Regierungsrat Martin Graf die Strecke in 10 Minuten – 10 Stunden selbstverständlich (*Heiterkeit*), das wäre ein Superrekord gewesen – in 10 Stunden 47 Minuten und 15 Sekunden zurückgelegt. Wir gratulieren den sportlichen Kolleginnen und Kollegen. (*Applaus.*)

Fraktionserklärung der EDU zur Fest der Auffahrt

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Erneut dürfen wir uns wegen eines biblischen Ereignisses über ein verlängertes Wochenende freuen. Über die Auffahrt lesen wir im apostolischen Glaubensbekenntnis: «Aufgefahren in den Himmel, sitzend zur Rechten des Allmächtigen Vaters, von dort wird er kommen zu richten die Lebenden und die Toten.» An Auffahrt feiern wir die Himmelfahrt Jesu. Im Lukas- und im Markus-Evangelium heisst es: «Jesus wurde vor den Augen der Jünger in dem Himmel aufgehoben.»

Die EDU wünscht euch allen ein gesegnetes Auffahrtsfest.

Legislaturabschlussfeier

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich begrüsse bei uns Regierungspräsidentin Regine Aepli, Regierungsrätin Ursula Gut und Regierungsrat Martin Graf.

Am 13. April 2015, dem hochemotionalen Montag nach den Gesamterneuerungswahlen, habe ich bewusst auf Glückwünsche und tröstende Worte verzichtet. Zu gross waren nach dem Wahlausgang die Emotionen bei Einzelnen. Freude und Erleichterung, Enttäuschung und Ratlosigkeit lagen sehr dicht beisammen nach den kräftezehrenden Wochen des Wahlkampfes.

Heute sind die Siege gefeiert, die Verluste beklagt, die Resultate analysiert und – mit einer gewissen Distanz – ist jetzt Platz für Gratulationen an die neu in die Regierung gewählten Ratskolleginnen Silvia Steiner und Carmen Walker Späh und die wiedergewählten Parlamentsmitglieder. Und es bleibt auch Raum für Worte des Abschieds. In einer Woche wird das Präsidium des Regierungsrates und des Kantonsrates in andere Hände übergehen. Zwei Regierungsratsmitglieder

und 40 Mitglieder des Kantonsrates werden ihr Mandat abgeben und sind heute – so wie ich – zum letzten Mal in diesem Ratssaal.

Für die musikalische Umrahmung dieses besonderen Ratsvormittags habe ich die Polizeimusik ausgewählt, denn in den letzten 15 Jahren meiner Ratstätigkeit bin ich, wie Sie auch, Montag für Montag als erste von der Polizei empfangen worden. Herzlichen Dank an Jolanda Bosshard, Heinz Beusch und ans ganze Polizei-Team. Sie haben uns vor Störungen aller Art während der Ratssitzungen bewahrt, mit einer Ausnahme, die wohl in die Kategorie des jugendlichen Ungestüms gehört. So ist es für mich passend, durch die Polizeimusik sozusagen wieder ins «zivile Leben» hinausgeleitet zu werden. Mein Dank gilt dem Kommandanten der Kantonspolizei Zürich, Thomas Würgler, für die Abkommandierung der Kleininformation der Polizeimusik ins Rathaus. Für die stattliche Originalbesetzung wäre es hier drin definitiv zu eng geworden. Ein herzliches Dankeschön schon im Voraus den Musizierenden, unter der Leitung ihres Dirigenten Emanuel Eschbach für die harmonische Verschönerung unseres Anlasses.

Schenken wir nun unsere Aufmerksamkeit «La Réjouissance» aus «Die Feuerwerksmusik» von Georg Friedrich Händel (1685-1759).

(Die Polizeimusik spielt das Stück. Applaus.)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Nach diesem stimmungsvollen, ich möchte fast sagen fulminanten Auftakt komme ich zur Würdigung der scheidenden Mitglieder des Regierungsrates.

Mit Regierungspräsidentin Regine Aepli verabschieden wir heute eine Zürcher Politikerin, die sich in vielfältiger Weise für die Interessen und Anliegen des Kantons Zürich eingesetzt hat: als Kantonsrätin, als Nationalrätin und schliesslich während zwölf Jahren als Regierungsrätin, wovon zwei Mal auch als Regierungspräsidentin.

Ihr Einstieg in die Amtszeit als Bildungsdirektorin erfolgte mit Pauken und Trompeten – nicht so wie heute – und mit Transparenten. Im Juni 2003 ging nämlich etwa die Hälfte der kantonalen Lehrpersonen auf die Strasse, um gegen Sparmassnahmen aus dem Sanierungsprogramm 04 zu protestieren. Regine Aepli verstand es von Anbeginn ihre Dialogbereitschaft unter Beweis zu stellen und lösungsorientiert für eine Beruhigung der Situation zu sorgen.

Wer über ein Drittel des Gesamtbudgets des Kantons verantwortet, eine grosse Direktion verwaltet und für Bildungsangebote für fast 250'000 Schülerinnen und Schüler respektive Studierende zuständig

ist, manövriert selten in ruhigen Gewässern. Steigende Nachfrage an Bildungsplätzen bei gleichzeitigem Lehrermangel, Frühförderung von Dreijährigen bis Nachdiplom-Studiengänge auf der Tertiärstufe, Lehrpläne und Bauprojekte, unterschiedlichste Anliegen und Interessen galt es für Regine Aepli zu berücksichtigen.

Ich möchte stellvertretend ein paar Geschäfte erwähnen, die Regine Aepli in dieser Zeit vor unseren Reihen vertreten hat, und beginne mit der Volksschule: Mit dem Volksschulgesetz wurden Blockzeiten eingeführt und die Pflicht zu einem bedarfsgerechtem Angebot an familienergänzender Betreuung. Die Einführung von Schulleitungen bedeutete einen Kulturwandel. Einem Paradigmenwechsel gleich kam die integrative Förderung, die bei der Volksabstimmung im Jahr 2005 eine Zustimmung von rund 70 Prozent fand. Auch die Berufsbildung entwickelte sich weiter: Mit dem EG BBG (*Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz*) wurde im Kanton Zürich, als einzigem Deutschschweizer Kanton, der Berufsbildungsfonds eingeführt. 2008 stimmte das Volk auch dieser Vorlage zu. Der Zugang zu den Mittelschulen wurde neu geregelt, der Hauswirtschaftsunterricht ans Untergymnasium verschoben. In Zürich Nord und in Uster wurden neue Kantonsschulen gegründet und der Ausbau der Kantonsschule Urdorf – das freut mich als Urdorferin natürlich ganz besonders – vorangetrieben. Die Tertiärstufe wurde reorganisiert und zu einem Teil – im wahrsten Sinne des Wortes – neu gebaut: So entstand unter Regine Aeplis Führung die Zürcher Fachhochschule mit den drei Teilschulen ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*), PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) und ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*). Die Standorte Europaallee und Toni-Areal in Zürich sowie das Sulzer-Areal in Winterthur wurden eingeweiht. Auf dem Irchel-Areal wurde die neue Kleintierklinik gebaut, an einem von zwei Standorten, welche gemäss Standortstrategie für die Universität festgelegt wurden. An der Universität gelang es zudem, in Zusammenarbeit mit der Universität Bern die neue Vetsuisse-Fakultät zu schaffen. Um diese Bildungsangebote einkommensunabhängig zugänglich zu machen, haben wir die Stipendienreform verabschiedet, welche Regine Aeplis Direktion zusammen mit der Kommission für Bildung und Kultur erarbeitet hatte.

Auch das Thema «Führung» stellt die Bildungsdirektion immer wieder vor komplexe Herausforderungen. Während Regine Aeplis Amtszeit wurde das Personalrecht der Lehrpersonen auf allen Stufen überarbeitet und der Berufsauftrag eingeführt. Gegen den Lehrkräfte-

mangel wurde die Quereinsteigerausbildung geschaffen und ebenso die Fachmaturität Pädagogik.

Regine Aepli musste in ihren zwölf Amtsjahren zu zwölf Volksabstimmungen antreten. Meist entschied das Volk in ihrem Sinne, jedoch nicht bei der Einführung der Grundstufe an der Volksschule, und auch nicht, als es um den Gebrauch der Mundart im Kindergarten ging. Regine Aepli, die grosse Freude an typisch «Züritütschen Wörtern» hat, engagierte sich nicht gegen diese Volksinitiative, weil es ihr um die Verdrängung der Mundart aus der Volksschule ging, sondern um die Chancengleichheit auch für fremdsprachige Kinder zu wahren. Es war ihr stets ein Anliegen, Kinder und Jugendliche von Risikogruppen zu fördern, auch mit speziellen Sprachförderungsprojekten, mit dem Aufbau von Brückenangeboten, mit der Schaffung von Attest-Lehren.

Als Teilbereich ihres anspruchsvollen Amtes als Bildungsdirektionsvorsteherin hat sie als Repräsentantin des Standes Zürich vor allem in der EDK (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren*) aktiv an überregionalen Vorhaben mitgearbeitet und für interkantonale Vereinbarungen Mehrheiten im Rat gefunden. Ich erwähne in diesem Zusammenhang das Sonderpädagogikkonkordat, das Hochschulkonkordat und das Stipendienkonkordat.

Diese schlaglichtartige Rückblende spricht für sich: Wir verabschieden uns heute von einer engagierten Regierungsrätin, die es verstand, im Dialog Lösungen zu erarbeiten und Mehrheiten zu finden und dabei ihre Grundanliegen, wie Chancengleichheit und Integration, stets im Fokus zu behalten.

Zwar nicht mit Transparenten und Trillerpfeifen wie bei ihrem Antritt, dafür mit ganz kräftigem Applaus danken wir Regine Aepli für ihren langjährigen Einsatz für die Bildung unserer Menschen im Kanton Zürich und wünschen ihr alles Gute auf ihrem weiteren Lebensweg. Zur Erinnerung übergebe ich ihr nun gerne den silbernen Löwen des Standes Zürich.

(Kräftiger Applaus. Die Ratspräsidentin übergibt Regierungsräsidentin Regine Aepli den Löwen.)

Regierungsräsidentin Regine Aepli: Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte, liebe Regierungskollegin, lieber Regierungskollege, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, meine sehr verehr-

ten Damen und Herren auf der Tribüne, zuallererst möchte ich natürlich der Kantonsratspräsidentin sehr herzlich für ihre anerkennenden Worte und die Überreichung des silbernen Löwen danken.

Insgesamt 21 Jahre lang hatte der Kantonsrat einen festen Platz in meinem Leben. Zuerst neun Jahre als Kantonsrätin, dann zwölf Jahre lang als Regierungsrätin. Ich hatte stets grossen Respekt vor dieser Institution und ihrer Aufgabe. Das Parlament ist der Ort, wo Ideen und Meinungen ausgetauscht werden und am Ende etwas Handfestes herauskommt. In Zukunft werde ich wohl nur noch in den langen Museumsnächten hier zu Gast sein und hoffentlich dem einen oder der anderen begegnen. Einen Rückblick auf 21 Jahre Rathaus Zürich erspare ich Ihnen, zumal 1987, als ich erstmals in diesem historisch und politisch bedeutsamen Gestühl Platz nahm, noch nicht einmal Willy Haderer hier war (*Heiterkeit*). Aber fünf Jahre sassens wir uns dennoch gegenüber. Er an der dem Limmattal zugewandten Seite des Rathauses, ich eher nahe beim Wasser, bevor es mich dann 1995 in die Berner Flusslandschaft verschlug.

Ja, die «early nineties», das waren noch Zeiten. Die Arbeit in den kantonsrätlichen Kommissionen war zu einem guten Teil der Suche nach dem nächsten Sitzungstermin gewidmet (*Heiterkeit*), weil es mit Ausnahme der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*), der FIKO (*Finanzkommission*) und der JUKO (*Justizkommission*) noch gar keine ständigen Kommissionen gab. Man war deshalb darauf angewiesen, die raren Gelegenheiten, an denen alle verfügbar waren, möglichst produktiv zu nutzen. Was für herrliche Zeiten das für die Regierung gewesen sein müssen! Sie hatten aber auch Vorteile für das Parlament. Man lernte viel mehr Kolleginnen und Kollegen im «politischen Nahkampf» kennen und es passierte nicht, was mir kürzlich widerfuhr, als ich an einem ausserkantonalen Anlass freundlich begrüsst wurde und ich das Gegenüber fragte, ob wir uns nicht auch schon begegnet seien. «Doch, am letzten Montag im Kantonsrat», war die Antwort (*Heiterkeit*). Zum Glück habe ich schon so viele Jahrringe, dass man mir die Schamröte nicht mehr auf den ersten Blick ansieht.

Ich möchte meinen Abschied aus dem Rathaus und von der Regierungsbank auch dazu benutzen, Ihnen für Ihre Arbeit und unsere gemeinsame Zeit zu danken. Ich bin glücklich über das, was wir in den letzten zwölf Jahren gemeinsam erreichten. Ich erspare uns aber eine Aufzählung, die Frau Kantonsratspräsidentin hat einige der erreichten Projekte und Abstimmungen und Gesetze bereits erwähnt, aber die Liste ist tatsächlich lang und sie kann ja jederzeit eingesehen werden.

Einen besonderen Dank möchte ich dennoch der Kommission für Bildung und Kultur abstatten. Sie war in allen Zusammensetzungen seit 2003 eine Kommission mit hohem Arbeitseinsatz, grosser Affinität zum Bildungswesen und ausgesprochener Gründlichkeit. Es gab nie Schnellschüsse. Was auf dem Tisch dieses Hauses landete, hatte stets Hand und Fuss und wurde im Ergebnis auch vom Schulfeld und vom Stimmvolk akzeptiert.

Da an den Sitzungen des Regierungsrates keine Protokolle erstellt werden, möchte ich auch meinen Dank an die zwölf Regierungskolleginnen und -kollegen, mit denen ich meine Zeit hier auf der Regierungsbank teilen durfte, im Protokoll des Kantonsrates verewigen. Etwas vom Wichtigsten dabei war für mich, dass wir uns im Gremium vertrauen konnten, auch dann, wenn wir nicht der gleichen Meinung waren. Denn wo das Misstrauen die Oberhand hat, kann nichts gedeihen, davon bin ich überzeugt. Auch Ihnen, sehr verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, danke ich dafür, dass Sie die guten Botschaften aus diesem Saal hinaustrugen und dem Volk verständlich machten.

Jenen, die bleiben, wünsche ich eine produktive und von gegenseitigem Respekt getragene neue Legislatur. Und vergessen Sie ob all der Meinungsverschiedenheiten, die im Rathaus gewollt aufeinander prallen, nicht, was für ein Privileg es ist, in einer sicheren Umgebung, einer gut ausgestatteten Infrastruktur und einem auf Mitbestimmung fussenden Staatswesen zu leben. Diesen Errungenschaften gilt es Sorge zu tragen, im und ausserhalb des Rathauses. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen dabei. Als von nun an einfache Bürgerin vertraue ich auf Ihre Klugheit und Weitsicht. Ich danke Ihnen. *(Kräftiger Applaus.)*

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Regierungspräsidentin, liebe Regine, als Bildungsdirektorin hat man es vor allem mit Expertinnen und Experten zu tun, mit echten oder zumindest mit solchen, die sich gerne so verstehen. Lehrende und Dozierende erwarten von der Politik – ich weiss sehr genau, wovon ich spreche – eine optimale Infrastruktur, einen hohen Lohn und sonst – eigentlich gar nichts, im Gegenteil: Dass sich die Politik anmasst, sich in die Pädagogik einzumischen, wird kaum je goutiert. Was gut ist für Schülerinnen und Schüler, für die Studierenden und – ich spreche auch als Lehrer – für uns selbst, das können eigentlich nur wir Lehrenden wirklich kompetent beurteilen *(Heiter-*

keit). Das ist natürlich ironisch gemeint, man weiss ja nie, wenn man einen Lehrer vor sich hat. Vor diesem Hintergrund wäre an sich nichts anderes als ein gespanntes, hoch kritisches Verhältnis zwischen der Chefin in der Bildungsdirektion und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der pädagogischen Front zu erwarten. Das war bei ihren Vorgängern so – ich verzichte bewusst auf Namensnennungen –, nicht aber bei Regine Aepli. Je länger sie ihr Amt ausübte, desto grösser wurden die Anerkennung und der Respekt vor ihr und für ihre Tätigkeit.

Wie nur hat sie das zustande gebracht? Es sind nach meiner Einschätzung drei fundamentale Eigenschaften, die dafür ausschlaggebend sind: Regine Aepli war eine pragmatische Bildungspolitikerin und Bildungsdirektorin, ein erster Punkt, sie suchte intensiv den Dialog, ein zweiter. Sie war in allen Fragen, die ihr wichtig waren, aber auch, drittens, ausgesprochen hartnäckig. Pragmatisch, offen und hartnäckig, lassen Sie mich diese drei Erfolgsfaktoren an einigen wenigen Beispielen aufzeigen. Dass sie sich teilweise mit den Erläuterungen unserer Präsidentin überschneiden, ist sicher kein Zufall.

Kinderbetreuung: Die allererste Anfrage als Kantonsrätin, welche Regine Aepli vor mehr als 23 Jahren einreichte, war der Betreuung von Kleinkindern von Eltern, die berufstätig sind, gewidmet. Die Antwort der Regierung war kurz, schnöde, abweisend. Heute verfügt dank des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes, welches in ihrer zweiten Amtszeit beschlossen wurde, jede Zürcher Gemeinde über bedarfsgerechte Betreuungsstrukturen. Ein Beispiel für wahrhaftig erfolgreiche Hartnäckigkeit.

Zum Volksschulgesetz: In ihrer ersten Amtsperiode brachte Regine Aepli das neue Volksschulgesetz, ein äusserst schwieriges Geschäft mit langer Vorgeschichte, erfolgreich durch Parlament und noch erfolgreicher durch die Volksabstimmung. Mit Blockunterricht, Schulleitungen und dem Grundsatz der integrierten Förderung stellte es einen eigentlichen Paradigmenwechsel dar und hat die Volksschule fit gemacht für das 21. Jahrhundert. Mit kluger, schrittweiser Einführung konnten die anfänglichen Bedenken der Lehrerschaft aufgefangen werden. Pragmatik und Dialog waren auch hier ausschlaggebend.

Ein dritter Bereich: neue Infrastrukturen für die Fachhochschulen. Vor allem in den Zürcher Fachhochschulen hinterlassen die zwölf Jahre «Ära Aepli» bleibende Spuren, nein, eigentlich Monumente. Die PHZH konnte vor vier Jahren ihren hochmodernen Campus beim

Hauptbahnhof beziehen, vor noch nicht einmal einem Jahr wurde das Toni-Areal der ZHdK und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften übergeben. Die Bildungsdirektorin setzte in beiden Fällen, ganz Pragmatikerin, auf Public Private Partnership und war damit erfolgreich. Die Grossprojekte konnten im Rahmen der bewilligten Budgetmittel realisiert werden und wecken bei Benutzerinnen und Benutzern, aber auch bei Besuchenden weit über Zürich hinaus Begeisterung.

Ziehen wir Bilanz: Nicht alles, aber sehr, sehr vieles ist gelungen. Wir wollen ein paar offene Baustellen nicht verschweigen. Die Nachfolgerin – ich gehe einmal davon aus, dass die Bildungsdirektion fest in weiblicher Hand bleiben wird – soll ja auch noch etwas zu tun haben. Die Sekundarstufe dürfte in einigen Jahren anders aussehen, die Gymnasien warten sehnlichst auf die bauliche Sanierung, neue Kantonschulen sollen realisiert werden, das Hochschulgebiet harrt der Umgestaltung. Der gesamte Blick zurück aber zeigt: Das Zürcher Bildungswesen ist in einem ausgezeichneten Zustand. Die Zürcher Fachhochschulen sind infrastrukturell auf dem allerneuesten Stand, die Volksschule widmet sich unter der Führung von Schulleitungen ihrer ureigenen Aufgabe, möglichst allen Schülerinnen und Schülern einen selbstbewussten Einstieg in die Gesellschaft zu ermöglichen. Der prüfungsfreie Übergang von den Mittelschulen an die Hochschulen ist gestärkt, die Lage auf dem Lehrstellenmarkt hat sich entspannt. Die Universität ist nach zwischenzeitlichen personellen Ungereimtheiten gut unterwegs, zu einer optimierten Bologna-Umsetzung und mit nach wie vor herausragenden Forschungsleistungen.

Das ist die Bilanz und das ist vor allem das Verdienst der «Ära Aepli». Dafür möchte ich dir, liebe Regine, einen ganz grossen Dank und allergrösste Anerkennung aussprechen. Ich tue das im Namen unserer Fraktion, ich denke aber, auch im Namen des ganzen Kantonsrates. Für den weiteren Weg ausserhalb der Bildungsdirektion wünschen wir der scheidenden Bildungsdirektorin von Herzen alles Gute. Wir sind überzeugt, liebe Regine, dass deine Pragmatik, Dialogbereitschaft und Hartnäckigkeit wie geschaffen sind für neue, vielfältige Betätigungsfelder und Herausforderungen in Gesellschaft, Politik und Kultur. Wir zählen auf dich. (*Kräftiger Applaus.*)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Und nun hören wir wieder Musik, und zwar «Je ne regrette rien», weltbekannt durch Edith Piaf.

(Die Polizeimusik spielt das Stück. Applaus.)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir kommen zum Rücktritt von Regierungsrätin Ursula Gut.

Unsere abtretende Finanzdirektorin wurde 2006 als Nachfolgerin von Dorothee Fierz in den Regierungsrat gewählt und übernahm vorerst deren Baudirektion, bevor sie nach den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2007 in die Finanzdirektion wechselte. Obwohl die Baudirektion nicht ihre Wunschdirektion war, arbeitete sie sich sehr rasch ein und gewann den Überblick über ihr neues Wirkungsfeld. Der Lohn für ihren Fleiss und ihren grossen Einsatz war der erste Platz im Reigen der Regierungsräte bei der Gesamterneuerungswahl von 2007 und der anschliessende Wechsel in die Finanzdirektion. In dieser neuen Funktion konnte Ursula Gut ihre Erfahrungen und ihre fundierten Kenntnisse als frühere Finanzvorständin von Küsnacht und ehemaliges Direktionsmitglied einer grossen Bank optimal einbringen. Sie zeigte rasch solide Dossierkenntnisse und strahlte Kompetenz aus. In einer ausgesprochenen Querschnittsdirektion wie der Finanzdirektion sind dies unabdingbare Qualitäten, denn es gilt, sich zum Wohle des Ganzen gegen die Einzelinteressen der anderen Direktionsvorsteherinnen und Direktionsvorsteher durchzusetzen. Gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen war sie ihrerseits für die Umsetzung der Informatikstrategie verantwortlich und amtierte zudem als oberste Personalverantwortliche. Als Vertreterin des Regierungsrates war sie während acht Jahren ein Mitglied des Begleitenden Ausschusses und sorgte damit für wohltuende Kontinuität. Im Jahre 2011 amtierte sie zudem als Regierungsräsidentin.

Nebst diesen internen Gegebenheiten sieht sich eine Finanzdirektorin äusseren Sachzwängen ausgesetzt, die ihre Handlungsoptionen einschränken. Die Steuereinnahmen sind massgeblich vom wirtschaftlichen Umfeld geprägt. Hinzu kommen die Begehrlichkeiten anderer Kantone im Rahmen des interkantonalen Finanzausgleichs, ausgedrückt in den Ansprüchen der Nehmerkantone gegenüber dem Kanton Zürich, dem grössten Geberkanton. Im Rahmen der FDK (*Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren*) hat sie sich gegenüber den Kantonen und dem Bund nach Kräften für die Interessen des Kantons Zürich eingesetzt, wobei es ihr wohl manchmal

wie ein Kampf gegen Windmühlen erschienen sein muss. All die inneren und äusseren Faktoren einzuschätzen, die richtigen Schlüsse zu ziehen, dann die erfolgversprechendste Massnahme zu ergreifen und durchzusetzen, ist die Kunst des Regierens. Angesichts der mehrheitlich positiven Abschlüsse, welche sie in ihrer Amtszeit präsentieren konnte, hat sie ihr Handwerk beherrscht.

Schwierige und belastende Momente erlebte Ursula Gut wegen der BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*). Die Unterdeckung und nötige Sanierung der kantonalen Pensionskasse fiel mit dem Korruptionsfall zusammen, welcher schliesslich eine PUK (*Parlamentarische Untersuchungskommission*) auslöste. Dieses Thema war eine Konstante in ihrer zweiten Amtshälfte. Der Regierungsrat in corpore musste sich einige Kritik gefallen lassen. Ursula Gut schaffte es aber, ihre Kolleginnen und Kollegen, den Kantonsrat und das Volk davon zu überzeugen, eine Milliardeneinlage in die BVK zu deren Sanierung zu tätigen. Schliesslich hat sie die BVK in eine Stiftung verselbstständigt, womit das Schiff nun wieder in ruhigeren Gewässern segelt.

Ihre letzte Rechnung 2014 musste sie mit einem Aufwandüberschuss präsentieren. Die Steuerprognosen zeigen nach unten. Ihrem Nachfolger oder ihrer Nachfolgerin stehen also schwierige Zeiten bevor. Gar so düster ist die Situation aber nicht, denn Ursula Gut hat mit grosser Beharrlichkeit und Umsicht dafür gesorgt, dass die Finanzlage des Kantons insgesamt als solide und stabil bezeichnet werden darf. Die Rating-Agenturen sehen das auch so und geben dem Kanton Zürich seit Jahren die Bestnote, das «Triple A».

Finanzdirektorin zu sein ist ein Knochenjob, eine oft undankbare Aufgabe. Umso erfrischender war es, Ursula Gut trotzdem hin und wieder so richtig herzlich und ansteckend lachen zu hören.

Uns bleibt, ihr mit einem herzlichen «Triple-A-Applaus» zu danken und ihr zu wünschen, dass sie auf ihrem weiteren Lebensweg ganz oft Gelegenheit zum Lachen und Zeit für ihre Interessen, unter vielen anderen auch das Kochen, haben wird. Ich gebe ihr nun gerne in unserer aller Namen den silbernen Löwen als Andenken.

(Kräftiger Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Regierungsrätin Ursula Gut den silbernen Löwen.)

Regierungsrätin Ursula Gut: Geschätzte Frau Kantonsratspräsidentin, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, liebe Regine, lieber Martin, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen ganz herzlich,

Frau Kantonsratspräsidentin, für die anerkennenden Worte und natürlich auch für den silbernen Löwen. Die anerkennenden Worte – ja, man wird ja nie so gerühmt wie dann, wenn man abtritt. Aber ich habe mich trotzdem darüber gefreut. Ich möchte Ihnen, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, herzlich danken. Sie haben mich nach meiner Wahl – und damit meine ich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen – sehr offen und freundlich willkommen geheissen. Dies, obwohl ich nie eine der Ihren war – vielleicht auch gerade darum? Mein Verhältnis zu Ihnen gestaltete sich jedenfalls auf der grünen Wiese. Es lagen keine gespannten Beziehungen oder gar verbrannte Erde zurück. Ich bin mit Überzeugung Exekutivpolitikerin, die aber kaum ein Prinzip höher schätzt als jenes der Gewaltenteilung. Deshalb ist mir der Respekt vor dem Kantonsrat wichtig.

Liebe Kantonsrätinnen, liebe Kantonsräte, zum Schluss habe ich drei Wünsche an Sie: Anerkennen Sie Ihrerseits den Kompetenzbereich der Regierung. Vertreten Sie, meine Kantonsrätinnen und meine Kantonsräte, die gleichzeitig in einer Gemeindeexekutive sind, nicht nur die Gemeindeebene. Und helfen Sie mit, meine Damen und Herren Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass sich der Kantonsrat und der Regierungsrat wieder vermehrt aufeinander zubewegen. Dieser Rat hat in meiner Finanzdirektionszeit jeweils am Ende des Jahres Entscheide mit grosser Weisheit gefällt. Ich spreche von den Budgetentscheiden des Kantonsrates. Wohl nicht exakt im Sinne der Regierung, aber in unterschiedlicher Zusammensetzung, sind die Fraktionen immer dem Wunsch der Finanzdirektorin gefolgt und haben in ihrer Mehrheit ein Budget beschlossen. So konnte ich mich und so konnte sich die Regierung zu Beginn des Jahres immer auf wichtige zukünftige Aufgaben konzentrieren.

Und zum Schluss danke ich meiner Fraktion, der FDP, und insbesondere dem Fraktionschef Thomas Vogel sehr herzlich für eine konstruktive, vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit. Ich habe es mit meiner Fraktion, mit meiner Partei wirklich gut getroffen. Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte, ich wünsche Ihnen allen herzlich alles Gute. (*Kräftiger Applaus.*)

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Frau Kantonsratspräsidentin, Frau Regierungspräsidentin, Herr Regierungsrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Ursula, uns verbindet eine lange persönliche

Freundschaft. Wer dich kennt, weiss, dass du sehr humorvoll, sehr kollegial und sehr zugänglich bist. Du kannst zuhören, andere Meinungen respektieren und durchaus auch Rat entgegennehmen. Und dennoch, als Freisinniger lobt man eine Finanzdirektorin eigentlich nur dann, wenn es eine eigene ist (*Heiterkeit*), denn es könnte immer noch besser sein. Aber deine Leistungsbilanz, liebe Ursula, lässt sich nun wahrlich sehen. Und dies natürlich auch deshalb, weil die Kantonsratsmehrheit dir stets aktiv dabei geholfen hat, die Kasse im Lot zu halten. Insbesondere mit den von dir so heiss geliebten Kürzungsanträgen im Konto 4950 (*Sammelkonto «Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen» im Budget*).

Deine Finanzpolitik in den letzten acht Jahren: Der Staatshaushalt hat zu deiner Zeit von sämtlichen Rating-Agenturen stets die Höchstnote «Triple A» erhalten, und das selbst über die Jahre der Finanzkrise hinweg. Und der von der Verfassung verlangte mittelfristige Ausgleich der Staatsrechnung über acht aufeinanderfolgende Jahre wurde ebenfalls stets erreicht. Klammert man die spezielle Situation im Jahre 2011 mit der BVK-Rückstellung von 2,6 Milliarden aus, waren in dieser Zeit von den acht Jahresrechnungen nur die letzten beiden defizitär, mit Defiziten allerdings im Mikrobereich. Das Budget wurde also um weniger als 1 Prozent verfehlt. Faktisch also war das trotz Finanzkrise eine finanziell stabile Periode für unseren Kanton. Die Verschuldung hat in diesen acht Jahren zwar von 4 auf 5 Milliarden Franken zugenommen. Gemessen daran aber, dass die Verschuldung allein wegen der BVK-Sanierung um rund 2 Milliarden Franken gestiegen ist, zeigt, dass sie ohne BVK-Sanierung rückläufig gewesen wäre. Und dies alles ist ohne Steuerfusserhöhung gelungen. An sich hat ja der Regierungsrat 2011 7 Prozent Steuerfusserhöhung per 2012 beantragt, der Kantonsrat hat dies korrigiert, liebe Ursula. Diesen «Tollegen» im freisinnigen Reinheft haben wir dir erspart. Gerne hättest du und hätten wir die Konkurrenzfähigkeit des Kantons bei den sehr hohen Einkommen und Vermögen verbessert. Das hat das Volk mit seinem knappen Nein zum Steuerpaket aber abgelehnt. Durch den Ausgleich der kalten Progression ist es dennoch gelungen, die Steuerbelastung für alle zu senken. Das hat auch dazu geführt, dass wir im Steuerbelastungsmonitor einen Sprung um sechs Plätze nach vorne auf den zehnten Platz machen konnten.

Sie ist angesprochen worden, die berufliche Vorsorge. Die BVK war bei deinem Amtsantritt ein kantonales Amt, eine Pensionskasse mit vielen angeschlossenen Gemeinden, ein Verwaltungsbetrieb. Eine Sa-

nierung war notwendig und es war auch klar, dass sie verselbstständigt werden musste. Bloss stand sie hierfür zu schlecht da, denn sie hatte einen sehr schlechten Deckungsgrad bei nahe 80 Prozent. Ab 2010 bestand dann Korruptionsverdacht gegen den damaligen Anlagechef. Die durch dich in Gang gebrachte Strafuntersuchung hat zahlreiche Verfehlungen aus den Jahren zuvor an den Tag gefördert und führte zu einer Verurteilung zu einer langen Freiheitsstrafe. Die PUK BVK hat zudem Mängel in der Aufsicht durch den Regierungsrat und den Kantonsrat aufgezeigt. Gleichzeitig verlangte der Bundesrat die Verselbstständigung der kantonalen Pensionskassen schon auf Anfang 2014, unabhängig vom Deckungsgrad. Damit warst du gefordert. Damit hattest du bei der BVK gleich drei grosse und umstrittene Themen gleichzeitig zu bearbeiten: die Sanierung, die Verselbstständigung und die Korruptionsaffäre. Zudem musste die zuvor personell zu dünn dotierte Kasse neu organisiert werden, um eine bessere Kontrolle zu gewährleisten. Diese Herausforderungen hast du souverän gemeistert. Die Sanierung hat im Kantonsrat eine Mehrheit gefunden, inklusive der Einmaleinlage von 2 Milliarden Franken. Das Volk hat die Finanzierung im März 2013 gutgeheissen, und zwar mit einer Zweidrittelsmehrheit. Die Verselbstständigung ist per Anfang 2014 erfolgt, sodass die BVK heute nicht mehr zur Verwaltung gehört, sondern eine Stiftung ist, eine Pensionskasse, die heute gut unterwegs ist und einen Deckungsgrad von nahezu 100 Prozent per Ende 2014 aufweist.

Und etwas, das ich unter dem Titel «Dienstleistungen» auch noch erwähnen möchte: Die elektronische Steuererklärung wurde unter dir als Online-Steuererklärung im ganzen Kanton angeboten. Es macht zwar jetzt nicht mehr Spass, diese auszufüllen, aber es ist wenigstens einfach.

Wer immer Finanzdirektor oder Finanzdirektorin wird, es werden grosse Herausforderungen in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Du hingegen, liebe Ursula, darfst den politischen Unruhestand geniessen. Jetzt geht es ja auf die Reise des Regierungsrates. Ich verzichte deshalb auf Blumen, die wären jetzt ungünstig, die folgen noch. Ich danke dir im Namen der FDP und aller Ratskolleginnen und Ratskollegen für deinen grossen Einsatz zugunsten des Kantons Zürich und wünsche dir von Herzen nur das Allerbeste für die Zukunft. (*Kräftiger Applaus.*)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Mit einem meiner Lieblingsmusikstücke verabschieden wir dich, liebe Ursula, «One Moment in Time», einem Song, den Whitney Houston 1988 an den Olympischen Spielen in Seoul, vielleicht einer deiner nächsten Reisedestinationen, gesungen hat.

(Die Polizeimusik spielt das Stück. Applaus.)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir verabschieden heute auch den Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern, Regierungsrat Martin Graf. Er war neben Verena Diener erst der zweite Vertreter der Grünen Partei, der das Amt eines Regierungsrates in unserem Kanton innehatte.

Hätte er vor vier Jahren die freie Wahl gehabt, hätte sich Martin Graf als studierter Agronom ETH wohl kaum an die Spitze der Direktion der Justiz und des Inneren gesetzt. Der langjährige frühere Stadtpräsident von Illnau-Effretikon fand sich aber rasch in seinem Amt zurecht, denn wichtige Themen seiner Amtszeit betrafen die Gemeinden und damit vor allem seine Funktion als Innenminister. Von seinem Vorgänger Markus Notter übernahm er die Totalrevision des Gemeindegesetzes, ein Geschäft, das über viele Jahre vorbereitet worden war und als sehr umstritten galt. Martin Graf hat diesem Gesetz den letzten Schliff gegeben und es schliesslich durch die Kommissionsberatung geführt. Dabei kamen ihm seine Erfahrung und die Erkenntnisse aus seiner früheren kommunalen Exekutivtätigkeit zupass. Er kämpfte für seine Überzeugungen, zeigte sich letztlich aber auch kompromissbereit. Man kann ihm mit Fug und Recht zugestehen, dass er wesentlich zur erfolgreichen Verabschiedung dieses für die Gemeinden wichtigen Gesetzeswerkes im Kantonsrat beigetragen hat.

Martin Graf wird Spuren hinterlassen in diesem Kanton. Es ist davon auszugehen, dass die Strukturen, gestützt auf das neue Gemeindegesetz, in Zukunft ändern werden. In seiner Amtszeit ist es bereits zu zwei Gemeindegemeinschaften gekommen: Bertschikon und Wiesendangen sowie Bauma und Sternenbergr. Sie werden kaum die letzten gewesen sein.

Ebenfalls in seine Amtszeit fiel die Einführung der neuen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde und damit die Schaffung des EG KESR (*Einführungsgesetz Kindes- und Erwachsenenschutzrecht*). Seit ihrer Einsetzung wird die junge Behörde recht heftig mit Kritik eingedeckt, ganz besonders nach der Tragödie von Flaach. Doch fairerweise ist

festzuhalten, dass Martin Graf in dieser Sache kein allzu grosser Handlungsspielraum blieb, nachdem der Bund weitreichende Vorgaben gemacht hatte. Die Ergebnisse, welche die von ihm eingeleiteten Untersuchungen zeitigen, werden seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger entscheidende Hinweise für die Weiterentwicklung der KESB geben.

Ein anderes wichtiges Thema, das ihn in seiner Amtszeit als Justizdirektor beschäftigte, war die Erarbeitung des Kantonalen Integrationsprogrammes. Will der Kanton Zürich von den entsprechenden finanziellen Beiträgen des Bundes profitieren, muss er sich auch hier an die Vorgabe des Bundes halten. Wohl wiederum aus seiner kommunalen Erfahrung als Stadtrat und Stadtpräsident heraus, setzte Martin Graf für die Umsetzung des Integrationsprogramms auf die enge Kooperation der kantonalen Fachstelle mit den Gemeinden. Er setzte sich mit Engagement für alle Einwohnerinnen und Einwohner und insbesondere für die Integration von Migrantinnen und Migranten in unserem Kanton ein.

Justizdirektor Graf war aber auch Zürcher Kulturminister. Er interessiert sich nicht nur für die politische Bühne und so erinnern wir uns gerne an seine engagierten Voten, wenn er sich zum Beispiel für Beiträge aus dem Lotteriefonds für verschiedenste Kulturinstitutionen einsetzte. Ihr guter Ruf und die kulturelle Vielfalt im Kanton Zürich waren ihm wichtig.

Wie es sich für einen Grünen, selbst wenn er Regierungsrat ist, gehört, kam Martin Graf oft mit dem ÖV zur Arbeit. Nicht selten sah und hörte man ihn dabei im Gespräch mit Passanten. Offensichtlich kennt Martin Graf keine Berührungsängste. Ob das wohl mit seinem persönlichen Hintergrund zusammenhängt, der ihn über die Grenzen der Schweiz hinausblicken lässt? Der schweizerisch-australische Doppelbürger war fünf Jahre lang als Entwicklungshelfer in Tansania, Afrika, tätig, wo er sogar Swahili gelernt hatte.

«Engagiert», so liesse sich die Amtszeit dieses scheidenden Regierungsrates betiteln. Martin Graf war definitiv nicht stromlinienförmig, sondern gradlinig, spontan, manchmal emotional, aber immer authentisch. Mit seinen offenen, manche würden sagen wenig diplomatischen Äusserungen hat er Ecken und Kanten gezeigt.

Wir danken Martin Graf für sein Engagement im Dienste der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons und wünschen ihm eine

glückliche Zukunft ganz im Sinne von «Hakuna matata na bahati nzuri». Und als Souvenir auch dir eine silberne Simba.

(Kräftiger Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Regierungsrat Martin Graf den Löwen.)

Regierungsrat Martin Graf: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte, liebe Regierungskolleginnen, wertige Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun, ganz so schnell hätte ich den Abschied doch nicht erwartet. Zwar habe ich mich auf alle möglichen Wahlergebnisse vorbereitet, das ist klar, aber eigentlich hatte ich insgeheim gehofft, mich noch etwa vier Jahre mit Ihnen herumschlagen zu dürfen, auch wenn nicht jede Diskussion in diesem Saal wirklich ein Höhepunkt war (*Heiterkeit*). Meine erste Kantonsratssitzung war explizit kein Höhepunkt – ich meine, es sei die erste gewesen –, es ging damals um das Integrationsgesetz. Unheilige Allianzen hatten sich schon im Vorfeld gebildet und selbst ein Graf konnte damals nicht gegen das kantonale Parlament regieren. Leider, leider, ich bedaure das noch heute. Ich hätte mir damals wesentlich mehr Macht gewünscht, später vielleicht auch (*Heiterkeit*).

Umso mehr freut es mich natürlich, dass Sie meine beiden letzten Gesetzesvorlagen heute Morgen genehmigt, verabschiedet haben, das MERG, das Melde- und Einwohnerregistergesetz, ein Teil aus dem alten Gemeindegesetz, und das Statistikgesetz, das zwar die einen als unnötig ansahen, das wir und auch Sie mit Mehrheit aber als nötig abgesegnet haben. Zugegeben, es waren nicht die politisch umstrittensten Themen, die Sie zum Schluss noch zu bearbeiten hatten. Aber immerhin, Sie haben mitgeholfen, meine Pendenzen praktisch auf null abzubauen. So etwas ist mir in meiner kommunalen Politikkarriere noch nie passiert, nämlich per Ende Amtsdauer über einen «Clean Desk» zu verfügen. Ich bin selbst erstaunt darüber.

Dabei waren es nicht wenige Geschäfte, die ich hier zu vertreten hatte, und durchaus auch einige gewichtige, wie eben erwähnt das Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, das Gemeindegesetz oder eben das heute verabschiedete MERG. Kaum einem Regierungsrat dürfte es zudem gelungen sein, in seiner ersten und hiermit einzigen Amtsdauer eine PUK-Debatte auszulösen, und dies erst noch zu einem Geschäft, bei dem nichts passiert ist ausser lautem Mediengeschrei (*gemeint ist der Fall «Carlos»*). Hoffentlich hat die

Bevölkerung dabei begriffen, dass Strafvollzug nicht kostenlos zu haben ist, und sich deshalb präventive Massnahmen lohnen, insbesondere vielleicht auch eine Erziehung durch die Eltern. Zudem ist der Jugendstrafrechtspflege bewusst geworden, dass «Kosten-Nutzen» ein Wert ist, und auf diesen Wert soll man achten.

Rückblickend bin ich sehr erfreut, was alles in diesen vier Jahren Platz hatte und umgesetzt werden konnte. Vieles verlief im Hintergrund, wenig erkennbar für Sie und die Bevölkerung. In der Justiz ist ja bekanntlich eben nicht alles öffentlich. Und so durfte ich beispielsweise die Gefängnisorganisation unseres Kantons neu ausrichten und zwei Drittel der Gefängnisleiterstellen neu besetzen. Es war für mich eine äusserst spannende und abwechslungsreiche Zeit. Die Vielfalt der Direktion der Justiz und des Innern ist ebenso motivierend wie bereichernd. Mit meinem zusätzlichen Engagement im Justizvollzug als Präsident des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordates und der Schweizerischen Strafvollzugskommission, aber auch im Verwaltungsrat der AXPO Holding AG (*Schweizer Energieunternehmen*) und auch im Bereich von E-Government kann ich auf enorm vielseitige, aber auch anspruchsvolle vier Jahre zurückblicken. Ich möchte sie tatsächlich nicht missen. Natürlich gab es Leute, die mit meiner Politik nicht zufrieden waren, aber es ist nicht Aufgabe eines Regierungsrates, jedermann zufriedenzustellen. Ich habe mich immer für das eingesetzt, woran ich glaubte und was ich langfristig als nutzbringend für unsere Gesellschaft angesehen habe.

Ich verlasse Sie nun am 18. Mai 2015 selbstverständlich mit etwas Wehmut, natürlich, aber keinesfalls mit Verdruss und keinesfalls mit Bitterkeit. Ich habe in meinem Leben sehr viel Glück gehabt und so erträgt es auch eine Pechsträhne. Ich freue mich auf die Herausforderungen der kommenden Jahre und werde mich völlig neu orientieren. Wo ich lande, ist offen. Ich möchte Ihnen wie auch den Parlamentsdiensten herzlich danken für die grosse Unterstützung, die ich während den letzten vier Jahren erfahren durfte. Danken möchte ich meinen Regierungsratskolleginnen und -kollegen, die mit mir ein kompaktes Gremium bildeten, was bei Ihnen im Kantonsrat fallweise etwas Missbehagen erzielte, was ich natürlich durchaus verstehe. Ich denke, ein Dank geht auch an meine Fraktion, die mich sehr stark stützte und von der ich immer eine Unterstützung erwarten konnte. Ich wünsche Ihnen allen für Ihre weitere Tätigkeit viel Freude und Erfüllung und denjenigen, die das Schicksal von mir teilen, die nötige Gelassenheit im Umgang mit den Nebeneffekten der Demokratie. Es

macht wenig Sinn, allzu lange über Ursachenanalysen zu brüten, täglich erfahren Menschen Schicksalsschläge und müssen ihr Leben neu ausrichten. Dabei soll die Freude am Leben, die Leichtigkeit des Seins nicht verloren gehen. Ich danke Ihnen. (*Kräftiger Applaus.*)

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Frau Präsidentin, Frau Regierungsräsidentin, geschätzte Anwesende, lieber Martin, die Zeit war viel zu kurz, für dich und für uns. Aber das haben wir von dir gelernt: Jammer bringt gar nichts. Du hast nicht gejammer, als du die Justizdirektion übernehmen musstest, im Gegenteil: Du liebst grosser Herausforderungen und deine Schaffenskraft ist enorm. Man merkte bald, dass du deine Arbeit sehr gern machst und mit Leib und Seele Justizdirektor geworden bist. Du hast vieles erreicht und wirst doch noch einiges Unvollendetes zurücklassen, ich denke da vor allem an grössere Bauvorhaben (*gemeint ist das Polizei- und Justizzentrum*).

Zum Erreichten gehört speziell das Gemeindegesetz, das dein Vorgänger wie eine heisse Kartoffel hin und her geschoben und dann lieber wieder schubladisiert hat. Du aber bist hingegangen. Du hast mit den Betroffenen zum Beispiel über das problematische Finanzhaushaltsgesetz geredet und hast Resultate ausgehandelt, anstatt eben nur von oben zu verordnen. Die Kommissionsverhandlungen werden bei dir wohl nachhaltig wirken, ich hoffe, nicht nur traumatisch (*Heiterkeit*).

Eine weitere schwierige Aufgabe, die du übernehmen musstest: Du musstest Leute in deiner Direktion entlassen, und das gelang dir ohne Getöse und ohne mediale Begleitung, eben weil du überlegt und weil du klug gehandelt hast. Du warst kein Ankündigungsminister. Da, wo nötig, hast du angepackt und Qualität geschaffen. Ich erwähne da das MZU (*Massnahmenzentrum Uitikon*), wo die Kosten unter deinem Vorgänger aus dem Ruder liefen. Du hast den Umbau und die Sanierung mit einer neuen Kreditvorlage erfolgreich und ohne Überschreitung beendet. Dass die baulichen Erneuerungen im Bereich «Justizvollzug» nach den modernen Grundsätzen der Nachhaltigkeit geplant und ausgeführt wurden und, so hoffe ich natürlich, auch weiter ausgeführt werden, das war für dich eine Selbstverständlichkeit. Das Thema «Carlos» lassen wir jetzt mal, dazu wurde schon alles drei Mal gesagt und geschrieben – und von denselben Leuten auch schon das Gegenteil.

Lieber Martin, deine kritische und klare und vorausschauende Stimme wird oft fehlen, ganz besonders natürlich im AXPO-Verwaltungsrat. Manch einer wird erst jetzt merken, dass du mit deiner zupackenden Art viel erreicht hast und im Kanton eine grosse Lücke hinterlassen wirst.

(Die Votantin fährt in Dialekt fort.) Lieber Martin, ganz persönlich tut es mir leid, dass wir dich als Fraktion und als Partei nicht besser stützen konnten. Es bleibt aber Danke zu sagen, einen grossen Dank auszusprechen. Und im Gegensatz zu anderen – wir sind ja eine grosszügige Partei – haben wir doch Blumen gekauft. Daran wird sich dein Vorzimmer erfreuen können. Ich danke dir für alles und ganz gute Wünsche für die Zukunft. *(Esther Guyer übergibt Regierungsrat Martin Graf den Blumenstrauss. Kräftiger Applaus.)*

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Und nun hören wir ein nächstes Musikstück, das passt für einen Agronomen. Es heisst «Jumpin' at the Woodside» von Count Basie.

(Die Polizeimusik spielt das Stück. Applaus.)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich wünsche allen Regierungsmitgliedern jetzt eine gelungene, fröhliche Abschiedsreise mit viel Platz für gegenseitigen Austausch. Und Sie haben es gehört, unsere floralen Grüsse werden nachgereicht, nicht nur in die Vorzimmer.

Wir kommen nun zur Verabschiedung der Ratskolleginnen und -kollegen, für die mit der heutigen Sitzung ihr Mandat im Kantonsrat zu Ende geht. Vor ihnen haben sich während der auslaufenden Legislatur bereits 49 Mitglieder frühzeitig aus dem Rat verabschiedet. Sie alle wurden mit einer individuellen Würdigung bedacht, für die der Raum in der heutigen Zeremonie leider fehlt. Sie dürfen mir glauben, ich persönlich hätte das sehr gerne für jeden von Ihnen gemacht. Sie dürfen sich aber damit trösten, dass Ihre Verabschiedung dafür in einem umso würdigeren, ja fast festlichem Rahmen stattfindet.

Doch keine Regel ohne Ausnahme: Wenn ich nun bei den Kolleginnen und Kollegen beginne, die aus freien Stücken den Kantonsrat verlassen, möchte ich trotzdem zwei von ihnen besonders hervorheben. Lady first: Emy Lalli, vor 20 Jahren tratest du für die SP in den Kantonsrat ein. Und vor genau zehn Jahren ging dein Amtsjahr als Kantonsratspräsidentin zu Ende. Daher gebührt dir, der ehemaligen Präsidentin, zum Abschied der goldgerahmte Rathaus-Stich, in Dankbar-

keit und als Andenken für dein grosses Engagement für unseren Kanton. Ich überreiche dir den Stich stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, die wir heute verabschieden. Sie haben ihren Stich bereits per Post zugestellt bekommen. Herzlichen Dank. (*Applaus.*)

Noch eine Legislatur länger, nämlich seit 1991, weilt Willy Haderer, ein stolzer Limmattaler wie ich, als SVP-Kantonsrat unter uns. Lieber Willy, wäre es mit den Kantonsratsjahren wie mit dem Ehejubiläum, hätten du und Edith (*Ehefrau von Willy Haderer*) jetzt den Silber-Status erreicht. Wir halten dich, deine spontanen Voten, dein Engagement in Gesundheits- und sozialen Fragen aber in wahrlich goldener Erinnerung und danken dir herzlich für deinen ausdauernden Einsatz in unserem Parlament. (*Applaus.*)

Die folgenden 18 Mitglieder treten heute ebenfalls freiwillig aus dem Kantonsrat aus: Ursina Egli, SP, Meilen, nach vier Jahren; Ornella Ferro, Grüne, Uster, nach acht Jahren; nach 18 Jahren Hans Frei, SVP, Regensdorf, ehemaliger KPB- und FIKO-Präsident (*Kommission für Planung und Bau, Finanzkommission*) und ein paar Jahre lang mein Kollege in der Geschäftsleitung; René Gutknecht, GLP, Kantonsratskollege aus Urdorf, nach vier Jahren; Hanspeter Haug, SVP, Weiningen, ebenfalls ein Limmattaler Kollege und Lieferant meines Kantonsratsweins, nach zwölf Jahren; Hans-Heinrich Heusser, SVP, Seegräben, nach 15 Jahren; Walter Isliker, SVP, Zürich, und ehemaliger Kommissionskollege in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*), nach acht Jahren; Ruedi Menzi, SVP, Rüti, ehemaliger KEVU-Präsident (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*), nach zwölf Jahren; mein Fraktionskollege Werner Scherrer, FDP, Bülach, nach neun Jahren; Jakob Schneebeli, SVP, Affoltern am Albis, nach acht Jahren; Silvia Seiz-Gut, SP, Zürich, nach neun Jahren; Rolf Stucker, SVP, Zürich, nach fünf Jahren; Peter Stutz, SP, Bülach, nach fünf Jahren; Arnold Suter, SVP, Kilchberg, nach 20 Jahren auch fast als Urgestein zu bezeichnen und seit 1999 Mitglied der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*); Katharina Weibel, FDP, Seuzach, meine Fraktionskollegin, nach zwölf Jahren; und gleich nochmals eine Fraktionskollegin, nämlich Gabriela Winkler, FDP, Dielsdorf, nach 16 Jahren; Heinrich Wuhrmann, SVP, Dübendorf, ehemaliger Präsident der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) nach 15 Jahren; und last but not least noch Erika Ziltener, SP, Zürich, nach 16 Jahren.

Und mit herzlicher Gratulation und den besten Wünschen für das neue Amt verabschieden wir aus dem Kantonsrat in den Regierungsrat Sil-

via Steiner, CVP, Zürich, nach acht Jahren und Carmen Walker Späh, aus der FDP-Fraktion, Zürich, nach zwölf Jahren.

Ihnen allen danken wir für ihr Wirken im Parlament und für den Kanton und wünschen für die Zukunft alles, alles Gute. (*Applaus.*)

So sehr wir Politikerinnen und Politiker in Amtsjahren und Legislaturen vorausdenken und handeln, so unverhofft können die Wahlen unsere Pläne durchkreuzen. Plötzlich stehen wir als Partei, als Politikerin und Politiker und als Privatpersonen vor einer unerwarteten neuen Situation. Die Nicht-Wiederwahl, so wenig sie mit eigenem Verschulden zu tun haben kann, ist für die Betroffenen eine schwierige Erfahrung. Wenn auf das erbrachte Engagement und die Bereitschaft zur motivierten Weiterarbeit Enttäuschung folgt, ist das ein harter Schlag.

Wir wissen um die Leistung der 17 Kolleginnen und Kollegen, die wir heute unfreiwillig verabschieden müssen, und danken ihnen herzlich für ihr Engagement für den Kanton und seine Bevölkerung. Ein Bonmot des amerikanischen Regisseurs und Schauspielers Woody Allen lautet: «Ich denke viel an die Zukunft, weil das der Ort ist, wo ich den Rest meines Lebens verbringen werde.» Damit wünsche ich Ihnen, dass die unbeabsichtigte Wende für Sie ungeahnt viel Gutes und Schönes mit sich bringen möge.

Wir verabschieden in diesem Sinne dann mit einem ganz herzlichem Applaus: Jürg Altwegg, Grüne, Winterthur, nach einem Jahr; Urs Diettschi, Grüne, Tagelswangen, nach einem Jahr; Bruno Fenner, BDP, Dübendorf, nach vier Jahren; Lorenz Habicher, SVP, Zürich, Verkehrs-, Umwelt und Energiepolitiker, nach 16 Jahren; Margrit Haller, SVP, Kilchberg, nach einem Jahr; Urs Hans, Grüne, Turbenthal, nach acht Jahren; Andreas Hasler, GLP, Illnau, nach vier Jahren; Stefanie Huber, GLP, Dübendorf, nach drei Jahren; Heinz Kyburz, EDU-Fraktionspräsident, Männedorf, nach acht Jahren; Hans Läubli, Grüne, Affoltern am Albis, nach acht Jahren, Präsident der Justizkommission; Patricia Ljuboje, Grüne, Urdorf, nach einem halben Jahr; Res Marti, Grüne, Zürich, nach drei Jahren; Pierre Rappazzo, GLP, Wädenswil, nach einem Jahr; Peter Ritschard, EVP, Zürich, nach acht Jahren; Beni Schwarzenbach, GLP, Zürich, nach vier Jahren; Michael Urs Stampfli, SP, Winterthur, nach einem Jahr; Denise Wahlen, GLP, Zürich, nach vier Jahren. (*Applaus.*)

Ich bitte nun die Polizeimusik um das Spiel der «Polka Pradlenka» von Erwin Zsaisits.

(*Die Polizeimusik spielt das Stück. Applaus.*)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Heute leite ich die 53. und meine letzte Kantonsratssitzung. Auch ich verbringe meinen letzten Tag als Mandatsträgerin in diesem Saal. Mit guten Wünschen, vielen Ratschlägen und allerlei Glücksbringern bin ich am 12. Mai 2014 in mein Präsidialjahr gestartet. Unter den Maskottchen befanden sich Steine aller Art, die mir Kraft verleihen sollten, Kleeblätter, Glückskäfer und gar – Herr Eschbach und seine Musizierenden mögen hinhören – ein Original-Dirigentenstab, mit welchem ich für den richtigen Rhythmus und den guten Ton hier drin sorgen könne. Kurz, ich fühlte mich gerüstet, getragen auf einem Teppich des Wohlwollens, aber immer wissend, dass die Realität hart sein kann und viele Entscheide letztlich selber zu fällen, selber zu verantworten, eben «Chefinnensache» sind. Ich blicke gern auf mein facettenreiches Präsidialjahr zurück.

Respekt und Fairplay habe ich mir in meinem Präsidialjahr gewünscht. Respekt und Fairplay habe ich erfahren dürfen, fast immer. Dass in einem Parlament parliert wird, gehört sich, dass die Emotionen gelegentlich hochgehen, ebenfalls. Ich habe geschätzt, dass es bei verbalen Schlagabtauschen blieb, die kaum einmal unter die Gürtellinie gingen, und die Gürtellinie ist bei mir persönlich genau dort, wo sie eben hingehört. Die Beratungen besonderer Geschäfte, wie beispielsweise eines nur alle paar Jahre traktandierten Ermächtigungsgesuches, des – wir haben es bereits gehört – umfangreichen Gemeindegesetzes, der Totalrevision eines Gesetzes immerhin aus dem Jahr 1926, oder eines echten Generationenprojektes, wie es auch die Limmatalbahn ist. Sie standen wegen ihrer Gewichtigkeit auch stark im medialen Fokus und erforderten von allen Beteiligten nicht nur viel Engagement und Ausdauer, sondern immer wieder auch den erwähnten Respekt und den Sinn für Fairplay.

Ich danke Ihnen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen ganz herzlich für die erfreuliche und konstruktive Zusammenarbeit. Und ich kann Ihnen ein gutes Zeugnis ausstellen, bis auf das, was auch in meinem Primarschulzeugnis unter Bemerkungen stand: «Ist etwas schwatzhaft.» (*Heiterkeit.*)

Neben der Ratsleitung hat die Kantonsratspräsidentin eine weitere ehrenvolle Aufgabe: die Repräsentation des Kantonsrates nach aussen. Ich war gerne Botschafterin unseres Parlaments. Gerne habe ich unserem Gremium ein Gesicht gegeben und bei gegen 190 besuchten Anlässen mit Freude feststellen können: Von A wie Armbrustschützen bis Z wie Zunft-Ehrengast am Sechseläuten, der Kantonsrat wird gerne eingeladen und ist auch gerne gesehen. Besuche von Delegationen

aus anderen Kantonen und aus dem Ausland, zum Beispiel aus Bhutan, Kuwait, Südkorea, um nur einige Beispiele zu nennen, im Kantonsrat zeigten, dass unser demokratisches System und die Arbeit des Zürcher Kantonsparlaments weitherum wahrgenommen und verfolgt werden. Als Bildungspolitikerin war es mir stets ein Anliegen, anhand konkreter Beispiele unsere Arbeit und die Abläufe zu erläutern und damit auch das Interesse am politischen Geschehen zu wecken und hoffentlich zu fördern.

Seit einiger Zeit nun sehe ich hier in unserem Ratssaal die Söhne meiner ehemaligen Ratskollegin und -kollegen wirken. Wenn das nicht heisst «Time to go»? Bald werden sich auch neue, «hungrige» Parlamentarierinnen und Parlamentarier in die Arbeit stürzen, unterstützt von erfahrenen Ratsmitgliedern, zum Wohle unseres Kantons und getreu unserem geleisteten Amtsgelübde. Etwas erleichtert wird mir mein Abgang durch die zunehmenden Indiskretionen. Auch wenn die Möglichkeiten einer superschnellen und unkomplizierten Kommunikation heute verlockend sind, für mich werden Sitzungs- oder Amtsgeheimnisverletzungen nie ein Kavaliersdelikt sein. Sie gehören für mich auch nicht zum politischen Spiel, sondern zeugen von einer Respektlosigkeit, die einer konstruktiven, vertrauensvollen Zusammenarbeit – für mich wichtigste Voraussetzung für qualitativ gute politische Arbeit – in höchstem Masse abträglich ist. Hier hoffe ich auf Rückbesinnung auf die eingangs erwähnten Werte des Respekts und Fairplays.

Jetzt danke ich allen, die in irgendeiner Art und Weise für einen inhaltsreichen und geordneten Ratsbetrieb und damit auch zum guten Gelingen meines Präsidialjahres beigetragen haben, meiner lieben Familie für ihre Begleitung auch durch mein politisches Leben, meinem Fraktionspräsidenten Thomas Vogel und meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, meinen beiden Vizes, Theresia Weber und Rolf Steiner, die mich in meiner Arbeit stets tatkräftig und loyal unterstützt haben, den Parlamentsdiensten, ihrem Leiter Moritz von Wyss, seinem Stellvertreter Claudio Stutz und Protokollführerin Heidi Baumann, weiter Rosmarie Meyer und Jonas Steiner, die mich immer hier vor Ort unterstützt haben, und auch dem ganzen übrigen Rechberg-Team für die grossartige Unterstützung hier oder im schon erwähnten Rechberg (*Haus zum Rechberg, Sitz der Parlamentsdienste*). Ich danke dem Standesweibel Peter Sturzenegger, der Standesweibelin Ruth Gutjahr und dem Team nicht nur für die tägliche Beflaggung des Rathauses als Zeichen für das Volk, dass im würdigen Bau hier jetzt

gearbeitet wird und Besuche willkommen sind, sondern ich danke auch für die sorgfältige Vorbereitung des Ratssaals und meines Arbeitsplatzes und die kleinen Aufmerksamkeiten, wie Brillentücher für die klare Sicht – durchaus auch im übertragenen Sinne zu verstehen –, Halspastillen für eine feste Stimme und eine grosse Wasserflasche für einen kühlen Kopf. Besten Dank dem Staatswagendienst für ein paar sicheren Fahrten – es waren nicht allzu viele – und, last but not least, den Medienvertreterinnen und -vertretern für die fast immer umfassende und faire Berichterstattung aus dem Rat.

Nun wünsche ich Ihnen allen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen auch in der neuen Zusammensetzung eine erfolgreiche gemeinsame Zeit. Denken und handeln Sie politisch, aber bitte immer mit Kopf, Herz und Hand. «Uf Wiederluege und villicht bineme Jass», besten Dank. (*Kräftiger Applaus.*)

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Liebe Brigitta, wie schnell vergeht doch ein Jahr. Das scheint mir zumindest so. Wenn ich jedoch an die damals bevorstehende Fussball-WM zurückdenke, dann scheint mir diese ewig her. Während man sich heute bereits nicht mehr so genau daran erinnert, ob die Schweiz überhaupt teilgenommen hat, man ja sogar beim Weltmeister nachdenken muss, ist jedermann und jederfrau sofort geläufig, wer damals als Kantonsratspräsidentin gewählt worden ist, und zwar am denkwürdigen 12. Mai 2014, mit einem Rekordergebnis: 169 von 173 Stimmen, das beste Resultat seit 1940. Du hast damals den Höhepunkt deiner langen politischen Karriere erreicht, 1951 im Sankt Galler Rheintal geboren, verheiratet, Mutter von drei Söhnen, wohnst du seit 1984 in Urdorf und dort hast du auch deine politischen Sporen in der Schulpflege abverdient. Du warst seit dem Jahr 2000 im Kantonsrat, vor allem Bildungs- und Kulturpolitikerin, das sieht man gut anhand deiner Vorstösse. Diese Themen dominieren neben den Vorstössen für dein Limmattal. Du warst 2003 bis 2007 Präsidentin der KBIK und dann eben Kantonsratspräsidentin. Du hast 53 Ratssitzungen geleitet. In dieser Zeit ist die Traktandenliste von 80 Geschäften auf rund 120 Geschäfte angewachsen. Das ist allerdings nicht dein Verdienst, sondern einerseits wohl dasjenige der Wahlen in diesem Frühling, andererseits ist es das Verdienst der FDP-Kantonsratsfraktion, die gleich paketweise brillante Vorstösse eingereicht hat (*Heiterkeit*). Weiter hast du 37 Geschäftsleitungssitzungen mit insgesamt 228 Zwischenrufen von Esther Guyer erfolgreich über die Bühne gebracht. Du warst in meinen Augen die perfekte Reprä-

sentantin des Kantons Zürich. Dabei kamen dir Eigenschaften zunutze, über die du reichlich verfügst: Du bist gesellig, neugierig, offen und vielseitig interessiert. Dass du während deines Präsidialjahres nicht zugenommen, sondern abgenommen hast, zeugt von deinem grossen Willen und trägt dir meine ganz persönliche Bewunderung ein (*Heiterkeit*).

Liebe Brigitta, du wolltest eine würdige Vertreterin und gute Botschafterin des Kantons Zürich sein. Das war dein Anspruch. Lass dir sagen: Du hast ihn voll erfüllt. Du hattest keinerlei Berührungsängste. Egal, ob Sport, Wirtschaft, Bildung oder Militär, an jeder «Hundsverlochete» hast du den Kantonsrat und den Kanton Zürich vertreten. Du warst an unzähligen Anlässen und hast viele spannende Menschen getroffen. Um das Treffen mit Michail Gorbatschow (*Friedensnobelpreisträger, ehemaliger Präsident der Sowjetunion*) beneide ich dich. Du repräsentierst exzellent und extrem gern, das haben wir auch auf der Jahresreise der Geschäftsleitung nach Wien wieder gut gemerkt, wir sind aus dem Anzug nicht mehr rausgekommen, weil ein offizieller Termin den nächsten jagte. Nun gut, für das eine oder andere Wienerschnitzel war schon noch Zeit, zumindest für mich, für dich war's ja eher leichter Tafelspitz. Unzählige Anlässe hast du erlebt, meines Wissens leider keinen auf einem Flugzeugträger. Denn darauf fährst du nämlich ab, auf Flugzeugträger. Vielleicht lässt sich das für die Nach-Kantonsratszeit ja irgendwie realisieren, Kontakte zur Armee hattest du in diesem Jahr ja reichlich. Blöd nur, dass die Armee selbst bestenfalls über Schnellboote auf dem Boden- und Greifensee verfügt, und die sind noch nicht einmal aus Mahagoni, aber ich schweife ab.

Brigitta, du hast gemäss meiner Recherche zwei Stichentscheide gefällt. Zwei Mal beim Gemeindegesetz, das erste Mal beim Inhalt zum Gemeindebudget. Du hast gemäss Antrag der Kommission gestimmt. Ein zweites Mal auch beim Gemeindegesetz in der zweiten Lesung, und zwar bei einem Rückkommen von Hans-Peter Amrein. Es ist sicher ein böses Gerücht, dass du damit Hans-Peter Amrein zu seinem ersten Abstimmungserfolg überhaupt in diesem Rat verholfen hast (*Heiterkeit*). Eine hübsche Anekdote aus dem Rat ist deine Zwischenbemerkung, als es um den steuerfreien Betrag «Sozialabzug für Ehegatten» ging und im Protokoll vermerkt ist: «Ratspräsidentin Brigitta Johner: Die Ehe ist eine hochemotionale Angelegenheit, ich weiss das aus persönlicher Erfahrung.» Ich grüsse an dieser Stelle auch Martin Johner ganz herzlich (*der Ehemann der Ratspräsidentin sitzt auf der Tribüne*), der ihr in diesem Jahr die erwartete grosse Stütze war.

In der Geschäftsleitung sind mir folgende Geschäfte besonders in Erinnerung, weil sie auch teils emotionale Komponenten beinhalteten: die Immunität für Regierungspräsidentin Regine Aeppli, der Abschluss der «PI Budgetverfahren» (*parlamentarische Initiative 64/2014*), aber auch das Jugendparlament. Und du warst die erste Kantonsratspräsidentin mit eigenem Büro im neu bezogenen, wunderschönen Rechberg, das du dir dann auch gleich selber ein bisschen gemütlich eingerichtet hast und das du nun leider räumen musst. «Respekt und Fairplay» war das Motto deiner Ansprache vor einem Jahr, Respekt und Fairplay hast du eingefordert, vor allem aber auch selbst gelebt, als respektvolle und faire Ratspräsidentin. Im Namen der FDP-Kantonsratsfraktion und aller Kolleginnen und Kollegen danke ich dir für deine engagierte und umsichtige Ratsleitung während des vergangenen Jahres und wünsche dir von Herzen nur das Allerbeste für alles, was kommt. (*Kräftiger Applaus.*)

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Liebe Kantonsratspräsidentin, liebe Brigitta, Frau Regierungspräsidentin, Frau Regierungsrätin, Herr Regierungsrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertige Gäste, damit die Familie von Brigitta sie auch endlich auch in voller Grösse sieht, haben wir jetzt den Platz kurz gewechselt (*der Kronleuchter verdeckt die Sicht von der Tribüne auf den Platz der Ratspräsidentin*).

Wir verabschieden heute Brigitta Johner, unsere amtierende Kantonsratspräsidentin. Sie ist Mitglied dieses Rates seit dem Jahr 2000. Als Bildungspolitikerin prägte sie ab 2001 die Geschäfte der KBIK. 2003 bis 2007 amtierte sie dann gar als deren Präsidentin. Für mehrere gewichtige Bildungsinstitutionen wurden in dieser Zeit die Weichen neu gestellt – nicht nur diskutiert, sondern inzwischen erfolgreich realisiert sind der neue Standort der Pädagogische Hochschule beim Hauptbahnhof und die Zentralisierung der ZHdK auf dem Toni-Areal. Im Jahre 2009 trat Brigitta Johner in die Geschäftsleitung ein und besetzte alle Stellen auf dem Vorbock mit der ihr gewohnten Zuverlässigkeit und Disziplin: Absenzen kontrollieren, Wahlergebnisse und Vorstösse prüfen bis hin zur ersten Ratssekretärin. Daneben war sie mehrere Jahre Mitglied der Redaktionskommission. Hier, so hat man mir erzählt, habe sie tapfer für eine gepflegte Rechtssprache, für Kommaregeln und insbesondere für den Erhalt des Genitivs gekämpft (*Heiterkeit*). Tapfer kämpfen und die Stellung halten musste die klassische Freisinnige auch in diesen 15 Jahren, in denen ihre Partei nicht eben von Wahlerfolgen verwöhnt war. Umso schöner für Brigitta, dass sie ihre

FDP in diesem Jahr an ihrem Geburtstag als Wahlsiegerin erleben durfte. Brigitta Johner scheint ihre präsidentialen Repräsentationspflichten sowohl für den Kanton als auch für ihre Partei mit Bravour erfüllt zu haben. Ihr Motto «Respekt und Fairplay» hat Brigitta Johner bereits vor ihrer Wahl zur Präsidentin im Rat vertreten und glaubwürdig vorgelebt. Der Kantonsrat dankte es ihr mit einem absoluten Glanzresultat anlässlich ihrer Wahl zur Kantonsratspräsidentin. Umso härter war dann die Umsetzung ihres Mottos als Präsidentin, wenn sie ein Ratsmitglied wegen zu langer Redezeit «abläuten» musste. Für Brigitta war das sicher das, was sie am wenigsten mochte in ihrem Amtsjahr. Aber es gehört dazu und sie hat es äusserst gerecht und ebenso zurückhaltend getan.

Nach einem abwechslungsreichen und sehr intensiven Präsidentialjahr verabschieden wir dich, liebe Brigitta, heute aus dem Rat. Als Repräsentantin des Wahlkreises Urdorf und in deinem Präsidentialjahr als Botschafterin des ganzen Kantons hast du dich engagiert und vernetzend eingesetzt, und dies mit viel Charme für unseren Kanton und seine Einwohnerinnen und Einwohner. Wie viele Menschen Begegnungen mit dir suchten und offensichtlich schätzten, illustriert ein Interview, in welchem du erklärst, du seist noch nie so oft geküsst worden wie in diesem Jahr als höchste Zürcherin. Ob auch Michail Gorbatschow, den du im letzten September im Rathaus begrüssen durftest, dazugehört, entzieht sich unserer Kenntnis. So wie wir dich kennenlernen durften, sind wir uns jedoch sicher, dass du auch nach deinem Rücktritt vom Bock und von der politischen Bühne weiterhin viele interessante Begegnungen initiieren und geniessen wirst. Dass du dies ohne Repräsentationsagenda, dafür mit mehr Zeit zum Verweilen tun kannst, wirst du sicher zu schätzen wissen.

Du gehst, wenn es am schönsten ist. Wir wünschen dir in deinem neuen Lebensabschnitt die ideale Fortsetzung dazu und danken dir herzlich für dein Wirken hier im Parlament im und für den Kanton Zürich. Als Geschenk erhältst du den wunderschönen silbernen Löwen und einen gerahmten Stich. Beides soll dich sehr lange an eine gute, schöne und sehr interessante Zeit in diesem Haus erinnern. Vielen Dank.
(*Kräftiger Applaus.*)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz, ganz herzlichen Dank. Um diese Zeit sind wir jeweils ein bisschen hungrig, ich habe Sie kennengelernt während dieses Jahres. Zum

Abschluss gebe ich zuerst noch bekannt, dass heute eine Motion, ein Postulat und drei Anfragen eingegangen sind.

So, zum Abschluss gebe ich nun gerne Herrn Eschbach – mit einem ganz herzlichen Dank nochmals für die musikalische Umrahmung – das Zeichen zu einem «würzigen» Finale. Wir hören das Musikstück «Ravanello», zu Deutsch «Radieschen». Das soll ein Vorgeschmack auf den darauffolgenden Apéro Riche im Festsaal sein, den Christian Gyger und Eliane Böni von den Parlamentsdiensten wie immer sicher perfekt organisiert haben und zu dem ich Sie dann alle herzlich einladen darf. Nun hören wir das «Ravanello».

(Die Polizeimusik spielt das Stück. Applaus.)

Ich wünsche Ihnen nun allen einen guten Appetit, eine gute Zeit.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Detaillierte Abstimmungsergebnisse gehören auf die Homepage des Kantonsrates**
Motion *Werner Scherrer (FDP, Bülach)*
- **Nachtmessflüge auf dem Flughafen Zürich-Kloten**
Postulat *Urs Dietschi (Grüne, Lindau)*
- **Haftung für durch geschützte Bäume verursachte Schäden an Personen sowie an fremdem und an eigenem Eigentum**
Anfrage *Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben)*
- **Zugsdurchsage bei Durchfahrt von Zügen**
Anfrage *Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil)*
- **Seltsame Kontrollen im Auftrag des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA)**
Anfrage *Konrad Langhart (SVP, Oberstammheim)*

Schluss der Sitzung: 12.15 Uhr

Zürich, den 11. Mai 2015

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 18. Mai 2015.